

**Bezugspreis:**

Einzelheft 10.- M., monatlich 30.- M., vierteljährlich 85.- M., halbjährlich 165.- M., jährlich 320.- M., für das übrige Ausland bei wöchentlich einmaliger Zustellung 21.50 M. Postgebühren nehmen an Österreich, Ungarn, Dänemark, Schweden, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. - Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ und der Unterhaltungsbeilage „Weltweit“ erscheint wochentägig zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**

Die achtspaltige Reklamenspalte kostet 2,50 M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Druckwort 1,50 M. (unabhängig vom Setzgebühren Betrag) jedes weitere Wort 1.- M. Stillschließen und Schließzeilenanzeigen das erste Wort 1.- M., jedes weitere Wort 50 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 1.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerungsbeitrag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestalt nach 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Morosblag, Nr. 15190 - 15197

Donnerstag, den 10. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Morosblag, Nr. 11753 - 54

## Keine Einigung in Preußen.

Die alten Koalitionsparteien des Preussischen Landtages — Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum — trafen am Mittwoch um 7 Uhr zu erneuten Besprechungen über die Bildung der preussischen Regierung zusammen. Von der sozialdemokratischen Fraktion waren Siering, Limberg und Heilmann, für das Zentrum Herold, Busch und Gronowski, für die Demokraten Dominicus, Preuß und Otto anwesend. Die Sozialdemokraten gaben die Erklärung ab, daß sie eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei ablehnten. Umgekehrt erklärte das Zentrum, daß es eine neue Regierungskoalition in Preußen nur unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei schließen werde.

Die Demokraten empfahlen, daß die beiden Parteien zunächst einmal die Deutsche Volkspartei fragen, unter welchen Bedingungen und mit welchen Grundätzen sie in die preussische Regierung einzutreten wolle. Die Sozialdemokraten erwiderten, daß die Deutsche Volkspartei die Verantwortung dieser Frage mit Recht ablehnen würde, nachdem ohnedies feststehe, daß die Sozialdemokraten eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei in Preußen nicht schließen würde.

Es wurde daher festgestellt, daß vorläufig eine Einigung über die Regierungsbildung nicht in Aussicht stehe. Der Landtag werde sich darauf beschränken müssen, sein Präsidium zu wählen

und die Frage der Regierungsbildung bis nach Ostern zu vertagen. Inzwischen müßten die bisherigen Minister und parlamentarischen Staatssekretäre ihre Ämter fortzuführen. Zugleich seien die bisherigen Koalitionsparteien bereit, in Verhandlungen über die Regierungsbildung mit anderen Parteien einzutreten.

### Die Raben steigen nieder . . .

Die Telegraphen-Union weiß zu melden: Die deutsch-nationale Fraktion des Preussischen Landtages hat in ihrer Sitzung am 9. März sich eingehend mit der politischen Lage, insbesondere mit der Regierungsbildung in Preußen, beschäftigt. Da die Sozialdemokraten sich der Bildung „einer gegen den Druck des Feindbundes gerichteten Koalition im Reich wie in Preußen“ verweigert hätten, hat die deutsch-nationale Landtagsfraktion nunmehr an die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der deutschdemokratischen Partei die Aufforderung gerichtet, alsbald in Besprechungen über die Herstellung einer gemeinsamen Regierungsgrundlage für Preußen und das Reich einzutreten.

Man darf neugierig darauf sein, ob Zentrum und Demokraten auch diesen Bissen schlucken werden, nur um die Stinnespartei nicht zu verlieren!

## Die Lohnsteuer.

Von Wilhelm Reil.

Im Zusammenhang mit dem Reichstag seit Ende Dezember vorliegenden Novelle zum Einkommensteuergesetz, die nun endlich verabschiedet werden soll, wird voraussichtlich auch die Entscheidung über die Umwandlung des Steuerabzugs in eine förmliche Lohnsteuer getroffen werden. Der schon vor einigen Wochen von der Reichsfinanzverwaltung entwickelte Plan, die Besteuerung der Lohn- und Gehaltseinkommen zu vereinfachen, ist jetzt von den Regierungsparteien zu einem dem Steueranspruch des Reichstags vorgelegten Antrag ausgearbeitet worden.

Nach dem geltenden Recht unterliegt das Lohn- und Gehaltseinkommen genau wie jedes andere Einkommen der Veranlagung. Der Arbeiter und der Beamte muß, wie jeder andere Steuerpflichtige, am Schluß des Steuerjahres eine Erklärung über die Höhe seines Einkommens und der gesetzlich zulässigen Abzüge abgeben. Die Steuerbehörde prüft diese Erklärung nach, vergleicht sie mit der vom Arbeitgeber eingeforderten Lohn- oder Gehaltsliste, berechnet die Steuer nach dem Tarif, der für die ersten 1000 M. steuerpflichtigen Einkommens 10 Proz., für jede weitere 1000 M. 1 Proz. mehr (mit verlangsamter Steigerung von 15 000 M. an) vorsieht und stellt dem Steuerpflichtigen den Steueranforderungszettel zu. Der steuerpflichtige Arbeiter oder Beamte läßt sich, wenn er die Steuer zahlt, auf Grund der gelieferten Steuermarken oder der vom Arbeitgeber ausgestellten Quittung, die bereits abgezogenen Beträge anrechnen. Sind diese Beträge höher als die Steuerlast, so hat er Anspruch auf Zurückzahlung der zuviel abgezogenen Summe, sind sie niedriger, so muß er den Fehlbetrag nachzahlen.

So steht es im Einkommensteuergesetz. Praktisch erprobt sind freilich diese Bestimmungen noch nicht. Man ist sich aber klar darüber, daß jeder Versuch, sie wörtlich durchzuführen, scheitern würde an der Unmöglichkeit, den erheblichen Fehlbetrag, der sich bei der großen Mehrzahl der Arbeiter und Beamten ergeben würde, einzutreiben. Waren die Steuerlast für die kleinen Einkommen schon zur Zeit der Beratung des Gesetzes übermäßig hoch, so sind sie durch die inzwischen eingetretene weitere Anschwellung der Lohn- und Gehaltsbezüge (mit geringerer Kaufkraft!) völlig unerträglich geworden, und die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger ist völlig außerstande, größere Restbeträge nachzuzahlen.

Einmal aus diesem Grunde, zum anderen auch, um die Steuerbehörden von einem großen Teil des Veranlagungsgeschäfts zu befreien, soll nun die Besteuerung der Lohn- und Gehaltseinkommen so gestaltet werden, daß bis zur Einkommensgrenze von 24 000 M. die ganze Steuerpflicht durch den Abzug als gedeckt gilt. Der Steuerjah soll für alle Einkommen bis 24 000 M. gleichmäßig 10 Proz. betragen, die progressive Steigerung soll erst von diesem Einkommen an aufwärts in großen Stufen rasch ansteigen, um bei Einkommen von 100 000 M. an nahezu wieder dieselbe Wirkung zu erreichen, wie der Tarif des geltenden Gesetzes.

An die Stelle des sogenannten steuerfreien Einkommens von 1500 M. für den Steuerpflichtigen selbst und 500 M. für jeden Haushaltsangehörigen soll ein Abzug von 120 M. an der Steuer für den Steuerpflichtigen und jeden Haushaltsangehörigen treten. Die Erfüllung der Steuerpflicht soll geschehen durch den 10proz. Abzug am Lohn oder Gehalt. Dabei sollen im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen je 4 M. täglich, im Falle der Berechnung nach Wochen je 24 M. wöchentlich, im Falle der Berechnung nach Monaten je 100 M. monatlich für den Steuerpflichtigen und jede zu seiner Haushaltung zählende, nicht selbst steuerpflichtige Person vom Abzug frei bleiben. Das entspricht dem Abzug von 126 M. pro Kopf an der Steuer. Jede Veranlagung der Lohn- und Gehaltseinkommen von weniger als 24 000 M. soll unterbleiben, wenn der Steuerpflichtige nicht zugleich Einkommen aus anderen Quellen in nennenswerter Höhe hat. Die Steuerbehörde wird entlastet von dieser großen Arbeit. Nachforderungen an die Lohn- und Gehaltsempfänger sind ausgeschlossen.

Gegenstandslos würde auch die Besteuerung des steuerfreien Einkommens, die den Gemeinden überlassen ist. Die hierfür bereits getroffenen landesgesetzlichen Vorschriften und gefassten Gemeindebeschlüsse wären wieder aufzuheben, den Gemeinden aber müßte ein Ersatz für die ihnen entgehende Einnahme vom Reich gewährt werden.

Die Wirkung des neuen Vorschlags ergibt sich aus der folgenden Gegenüberstellung der Steuerlast nach dem geltenden Gesetz und dem neuen Vorschlag:

Steuerbares Einkommen	Jungfamilie		Verheirateter Steuerpflichtiger mit 3 Kindern		Steuerpflichtiger mit 5 Kindern	
	Gesetz	Vorschlag	Gesetz	Vorschlag	Gesetz	Vorschlag
10 000 M.	1 170	880	735	400	400	40
15 000	2 195	1 280	1 755	900	1 450	540
20 000	3 440	1 880	2 925	1 400	2 550	1 040
25 000	4 815	2 480	4 250	2 000	3 840	1 540
30 000	6 300	3 080	5 725	2 600	5 400	2 140
100 000	23 625	32 480	32 745	32 000	32 050	31 640

Die Entlastung, die hiernach für die kleinen Einkommen eintritt, kann uns nicht genügen. Wertwürdiger-

## Ein Weißbuch über London.

Berlin, 9. März. (U.) Heute Abend fand eine Kabinetts-Sitzung statt. Morgen findet eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und am Freitag Sitzung des Plenums des Reichstages statt. Ein Weißbuch über die Konferenz in London ist in Vorbereitung.

### Die Zollgrenze am Rhein.

Paris, 9. März. (EE) Der Oberste Rat der Alliierten hat heute einen Bericht der militärischen Sachverständigen über die Durchführbarkeit der Besetzung der drei Rheinländer durch die alliierten Truppen. Die Vertreter der Alliierten prüften dann die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen. Es lag ein Bericht der interalliierten Oberkommission für die besetzten Gebiete vor über die Errichtung einer Zollgrenze am Rhein. Die Alliierten beabsichtigen, im weiteren Verlauf der Sitzung den von den Parlamenten zu genehmigenden Gesetzentwurf festzustellen, durch den die Angehörigen der Ententeländer zur Ablieferung eines gewissen Anteils an den Zahlungen für deutsche Waren an die Regierung veranlaßt werden sollen.

Clyde George gab gestern dem Präsidenten der interalliierten Rheinlandkommission Tizard Vorschläge für die sofortige Beschlagnahme der deutschen Zölle.

Die interalliierte Kommission sollte den Alliierten in kürzester Frist einen Bericht über die Maßnahmen vorlegen, die erforderlich sind, damit die Beschlagnahme der Zolleinnahmen in den besetzten Gebieten vor sich gehen kann. Der Präsident der interalliierten Kommission hat in Befolgung dieser Instruktionen die deutschen Zollbeamten bereits dem Befehl der Oberkommission unterstellt. Sämtliche Zolleinnahmen wurden mittlerweile beschlagnahmt. Die Vertreter der interalliierten Kommission haben die Kontrolle der deutschen Zollstationen begonnen.

Zwischen dem französischen Finanzminister Doumer und dem Oberkommissar Tizard fand heute eine Besprechung statt über die Errichtung der Zolllinie am Rhein. Es steht noch nicht fest, ob die bezügliche Verfügung am Freitag oder am Sonnabend in Kraft treten kann.

Der Oberste Rat beschäftigte sich weiter mit dem Problem, in welcher Weise

### die Verteilung der Ausfuhrabgabe

vor sich gehen solle. Die größte Schwierigkeit dieser Frage besteht hauptsächlich darin, daß die Länder der Alliierten vorerst über die Höhe der Abgabe in den einzelnen Staaten Bescheid wissen sollen. Es machen sich hier zwei Auffassungen geltend: England vertritt den Standpunkt, daß jedes Land eine eigene Ausfuhrabgabe einführen und ihren Betrag für sich behalten soll. Italien neigt der Ansicht zu, daß jedes Land das Recht haben solle, eine Ausfuhrabgabe in der Höhe festzusetzen, wie es sie für gut hält. Die Ergebnisse der verschiedenen Länder sollen die Basis für eine Gesamtsumme ergeben, die nach dem in Boulogne-sur-Mer ausgefallenen prozentualen Verhältnis unter den Alliierten verteilt werden soll. Eine Einigung in dieser Frage kam nicht zustande, und man kam zu dem Schluß, die Regelung der Angelegenheit den Sachverständigen der Alliierten zu übergeben. Diese sollen das Resultat ihrer Besprechungen bereits heute Abend in einer Konferenz des Obersten Rates vorlegen.

London, 9. März. (Havas.) Die wichtigste Entscheidung, die in der heutigen Konferenz getroffen wurde, besteht in der Annahme des Grundgedankes der Anwendung der Strafmaßnahmen für alle Verstoße Deutschlands gegen den Versailler Vertrag, sei es, daß es sich um die Entwaffnung handle oder um die Auslieferung der Kriegsschuldigen oder um sonstige Verpflichtungen.

## Auch Hamburg besetzt!

Hamburg, 9. März. (U.B.) Die Meldungen über die Besetzung Hamburgs und des Kohlenhafens der August-Thyssen-Hütte Swiegers sind zutreffend. Es sind 200 Mann belgische Radfahrerkompagnie und eine Eskadron belgischer Kavallerie eingerückt. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen. Der Belagerungszustand wurde jedoch erklärt. Die Schutzpolizei wurde bisher nicht entwaffnet. Man erwartet für morgen den Einmarsch größerer Truppenmassen. Es geht das Gerücht, daß man die Absicht habe, auch Oberhausen zu besetzen. In Duisburg liegen 7 Kompanien Franzosen und 5 Kompanien Belgier sowie eine Fliegerstaffel.

## Nationalistische Torheiten.

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons ist am Mittwochabend mit der gesamten Delegation aus London wieder in Berlin eingetroffen. Ueber den Empfang verbreitet Wolffs Bureau folgenden für die Stimmung gewisser Kreise kennzeichnenden Bericht:

Zu seinem Empfange waren u. a. Frau Dr. Simons, der Reichsanwalt Feilchenfeld, der Sekretär v. Lucius, die Staatssekretäre Albert und v. Hanke, ferner zahlreiche Mitglieder des auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei erschienen. Neben den Berliner Pressevertretern waren fast alle hier tätigen ausländischen Journalisten anwesend. Bahnsteig und Halle, die Treppen und Rampen, der weltliche Potsdamer Platz und die Nebenstraßen sowie die Fenster der umliegenden Gebäude waren von gewaltigen Menschenmassen dicht besetzt. Der Wagenverkehr stockte vollkommen. Die Begeisterung war ungeheuer. Ohne Unterbrechung drängten die Menge auf Dr. Simons und Deutschland durch die Menge. Nur schrittweise konnte den Herren der Weg freigemacht werden. Bei der Abfahrt der Kratzenwagen brach die Menge von neuem in spontane Huldigungen aus.

Es liegt zu solchen Kundgebungen der Begeisterung auch nicht der geringste Anlaß vor, vor allen Dingen nicht dazu, daß das offizielle Telegraphenbureau diese Kundgebung nationalistischer Junglinge nun noch in alle Welt hinausposaunt. Das Gegenteil von dem, was damit beabsichtigt wird, tritt sicher ein! Im Zustande wird man der Meinung sein, in Deutschland sei die chauvinistische Welle schon wieder so hoch geschlagen, daß sie eine Gefahr für den bisher nur von der Entente verletzten Frieden bedeuten könnte. Der Reichspräsident und der Reichskanzler haben ausgerufen, das deutsche Recht zu betonen, aber sich von Unbesonnenheiten fernzuhalten. Es wird dem Reichskanzler eine besondere Freude gewesen sein, am Potsdamer Platz zu beobachten, welchen Erfolg dieser Aufruf wenige Tage nach seinem Erscheinen gehabt hat!

Während die Nationalisten so für Simons demonstrieren, halten es die Kommunisten für notwendig, wieder einmal eine Demonstration für — Sowjetrußland zu veranstalten und ein deutsches Bündnis mit diesem zu empfehlen. Das machen dieselben Leute, die eben ihre Parteigenossen Graf und Thomas aus München wegen ihres Eintretens für einen national-bolschewistischen Krieg gegen die Entente gemahregelt haben. Heute verläßt man die Berliner Arbeiter in ihrer berechtigten Empörung über den Friedensbruch durch die Entente auf die Straße zu bringen und neben der nationalistischen eine kommunistische Kriegsimmung zu erzeugen. Wir raten allen unseren Lesern dringend, Köpfe zu behalten und sich weder von Links- noch Rechtsbolschewisten für ihre besonderen Stoffagezwecke einfangen zu lassen.

weise sind bei den Vorschlägen der Regierungsparteien die nach dem geltenden Gesetz zulässigen Abzüge für Versicherungsbeiträge, Gewerkschaftsbeiträge, Kosten der Fahrt zur Arbeitsstätte usw. völlig verschwunden. Da beim Wegfall einer persönlichen Veranlagung die Höhe dieser Abzüge beim einzelnen Steuerpflichtigen nicht festgesetzt werden kann, muß ein gleichmäßiger Abzug als Ersatz dafür gewährt werden, der nicht kleiner als 1000 M. gleich 100 M. Steuerbetrag sein darf. Außerdem muß ein größerer Abzug als 120 M. für die Haushaltsangehörigen gefordert werden.

Kommt die neue Regelung zustande, so wird sie mit Rückwirkung für das Jahr 1920 in Kraft treten. Das bedeutet, daß die nur im 2. Teil des Jahres 1920 gemachten Abzüge die Steuerschuld im großen und ganzen decken, zum Teil sogar Überschüsse ergeben, die auf das Jahr 1921 anzurechnen wären. Soweit noch Fehlbeträge bleiben, müßten sie niedergebühren werden.

### Aushöhung der Einkommensteuer.

Die Mehrheit des Steuerausschusses des Reichstags legt die Aushöhung des Einkommensteuergesetzes mit selbstsüchtiger Ausdauer fort. Dabei ist die innigste Gemeinschaft der Vertreter des Zentrums mit Hefflerich, der den Finanzminister Erzberger wegen seiner Steuerpolitik niedergebührt hat, zu beobachten. An der Spitze der Anträge der Regierungsparteien stehen jetzt die Namen derselben Zentrumsabgeordneten, die im vorigen Jahre die von der Rechten gestellten Anträge gleicher Tendenz entschieden zurückgewiesen haben. In der Mittwochsitzung wurden die Anträge beraten, die sich auf die Abschreibungen und die Berechnung des Betriebsgewinns beziehen.

Diese Anträge gehen dahin, daß bei Feststellung des steuerbaren Einkommens abgezogen werden dürfen die jährlichen, den Verhältnissen entsprechenden Abschreibungen der Abnutzung (statt für Wertverminderung) von Gebäuden, Anlagen, Maschinen und sonstigem Betriebsinventar, ferner Rücklagen zur Bestreitung der Mehrkosten der Ersatzbeschaffung von dem Betriebe dienenden Gegenständen. Wenn die Rücklagen zur Deckung der Mehrkosten nicht ausreichen, können die Mehrkosten direkt als Werbungskosten abgezogen werden. Bei Berechnung des Betriebsgewinns soll aber nicht der Anschaffungs- oder Herstellungspreis der Gegenstände des Betriebsvermögens, sondern der dauernde gemelne Wert eingezogen werden.

Wie bei den vorhergehenden Anträgen, so ernteten auch hier die Regierungsparteien den uneingeschränkten Dank des Hefflerich, der nur demütigt war noch einige Erweiterungen durchzuführen. Ueber den Vorschlag, den Aufwand für den Neubau von Wohnungen vom steuerbaren Einkommen abgeben zu lassen, soll in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Wohnungsausschuß weiter beraten werden.

Die Genossen Keil und Simon-Schwaben machten gegen die Anträge geltend, daß sie einen Steuerausfall von vielen Millionen nach sich ziehen würden. Nicht selten werde nach Bornahme der vorgesehenen Rücklagen selbst den ertragreichsten Betrieben ein steuerbares Einkommen nicht mehr übrig bleiben. Der Zweck der Anträge sei, das Einkommen der Unternehmer nach Goldmark zu bemessen, die Steuer aber in Papiermark zu bezahlen. Das Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger dagegen werde nach seinem vollen Papierwert der Steuer unterworfen. Die Anträge fanden trotzdem die einmütige Zustimmung aller bürgerlichen Vertreter mit der Erweiterung, daß ein vom Reichstag einzusetzender Sachverständigenausschuß von 9 Mitgliedern gemeinsam mit dem Finanzminister die Ausführungsmaßnahmen über die Abschreibungen beraten soll. Der Donnerstagssitzung wird über die Lohnsteuer beraten.

### Kerkhoff und seine Immunität.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist in der bemitleidenswerten Lage, ihren dringenden Wunsch nach reinlicher Klärung der Steuerangelegenheit ihres Mitglieds van den Kerckhoff nicht befriedigen zu können. Wiederholt hat sie, zuletzt in ihrer am 1. März im Reichstag abgegebenen Erklärung, beteuert, sie

wünsche zwecks voller Klärung des Sachverhalts nicht schärflicher als die Aufhebung der Immunität Kerckhoffs. Nur wartet sie noch auf einen entsprechenden Antrag der Justizbehörden. Sie hat sogar, nach ihrer letzten Erklärung, das preussische Justizministerium gebeten, „nach schleuniger Beschaffung der etwa noch erforderlichen Unterlagen den Antrag auf Aufhebung der Immunität beim Reichstag einzubringen“.

Aber dieser Antrag kommt und kommt nicht! Vielleicht dürfen wir der deutschnationalen Fraktion einen Rat geben, dessen Befolgung sie rasch zur Erfüllung ihrer Wünsche führen könnte. Im Juni vorigen Jahres hat die deutschnationale Reichstagsfraktion die Einstellung eines gegen van den Kerckhoff eingeleiteten Strafverfahrens beim Reichstag beantragt, und der Reichstag hat diesem Antrag entsprochen. Inzwischen ist dieses geschehen, was die volle Klärung des Sachverhalts erheblich erschwert. Aber soweit eine solche Klärung heute noch möglich ist, kann sie rasch durchgeführt werden, wenn nur die deutschnationale Fraktion die Aufhebung des auf ihren Antrag im Juni vorigen Jahres gefassten Beschlusses beantragen möchte. Der Reichstag würde zweifellos, wie er es im Falle Erzberger zu tun entschlossen ist, die Immunität rasch aufheben.

Vielleicht wäre das Herrn van den Kerckhoff nicht ganz so erwünscht, wie Herrn Erzberger der auf seine Bitte vom Geschäftsausschuß vorbereitete Antrag sein wird. Man kann wenigstens beobachten, daß van den Kerckhoff selbst sich nicht sonderlich um die Aufhebung seiner Immunität, sondern mehr um das Gegenteil bemüht. Aber danach wird die auf absolute Reinlichkeit bedachte deutschnationale Fraktion sicherlich nicht fragen. Sie wird sich, auch wenn die Freunde Kerckhoffs Recht haben sollten, die behaupten, dieser deutschnationale Abgeordnete sähe längst hinter Schloß und Riegel, wenn er nicht immunit wäre, in ihrer Sehnsucht nach Sauerkeit nicht irre machen lassen. Der Antrag auf Aufhebung der Immunität Kerckhoffs wird also, so hoffen wir, nicht lange mehr auf sich warten lassen.

### Freikorps-Bestien.

#### Schulz — das Seitenstück zu Kulow.

Ein alter Gewerkschaftsführer aus Hamburg schreibt uns: Mit besonderem Interesse werden hier die Berichte des „Vorwärts“ über den Breslauer Kulow-Prozess verfolgt. Haben wir doch unter den Arbeitern der Sowjets während der Kapp-Unruhen besonders zu leiden gehabt. Es war das Freikorps Schulz, das hier an wehrlosen Gefangenen seinen Heßdummheit bewies. Die Gefangenen wurden nicht nur auf das gräßlichste mißhandelt, sondern obendrein noch in die Feuerlinie geschleppt, so daß fast alle tot oder mit schweren Wunden auf den Straßen liegen blieben, und zwar nicht nur die Gefangenen, die vorher an den Kämpfen beteiligt waren, sondern alle, die aus irgend einem Grunde auf der Straße zu tun hatten.

Am deutlichsten beleuchtet wohl folgender Fall, dessen Opfer ich selber wurde, die Bestialität, mit der vorgegangen wurde:

Mein Sohn, ein Bürsche von 18 Jahren, war aus Reugelbe auf die Straße gegangen. Als nun die ersten Schüsse am Morgen des 20. März fielen, ging ich, ihn zu suchen, damit er wieder nach Hause käme. Infolge der immer heftiger werdenden Schießerei wurde ich in ein Haus flüchtig, hier wurde ich mit noch anderen Schutzgefangenen genommen, und auch mein vom Stadtkommandanten und der Polizeiverwaltung gestempelter und unterschriebener Ausweis, der mich berechnete, alle Straßen, Plätze und Häuser zu betreten, schützte mich nicht vor Mißhandlungen und dem Schicksal, als Gefange vor den Truppen, die fortwährend schossen und beschossen wurden, hergetrieben zu werden. Als wir einer Straßengasse wieder Gefangene herbeigeführt wurden, war auch mein Sohn unter diesen. Mein Versuch, einige Worte mit ihm zu wechseln, trug uns Prügel ein. Als mir nach einigen Stunden eine Kugel den Oberschenkel zerquetschte, wollte mein Sohn an mich herantreten, er wurde, trotzdem er bat, daran verhindert, man verprügelte ihn mit Handgranaten. Das war das Letzte, was ich von ihm gesehen habe, einige Tage darauf teilte man mir im Krankenhaus mit, daß man meinen Jungen in der Nachbargemeinde Ballum auf der Feldmark eingescharrt gefunden habe. Er war erschossen worden.

Weiter schreibt uns ein Bergarbeiterfunktionär aus Essen:

In der Nacht vom 4. zum 5. April 1920, einige Tage nach der Eroberung Duisburg-Becks durch die Reichswehr, holten sich die Angehörigen der Reichswehr, die Wachmeister Mehl und Friedrichs, den Bergmann Paul Wanger und den Bergmann Paul Graf nachts zwischen 12 und 3 Uhr aus den Betten, schlepten sie auf die Becker Schützenwiese, und nachdem sie die beiden vorher furchterlich mißhandelt hatten, erschossen sie ihre Opfer. Ich habe kurz danach Anzeige bei der Duisburger Staatsanwaltschaft erstattet. Die beiden Angehörigen der Sipps sind später in Untersuchungshaft genommen worden, und haben, nachdem sie mangelhaft leugneten, ungefähr im Herbst ein Geständnis abgelegt, das vollinhaltlich bestätigt, was ich behaupte. Sie suchten sich damit herauszubekommen, daß sie gestlaubt hätten, lediglich „ihre Pflicht zu tun“. Dieses hat den Untersuchungsrichter veranlaßt, beide Doppelmörder aus der Untersuchungshaft zu beurlauben. Was nun weiter in der Sache geschehen ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Die Sache läuft nun bereits 10 Monate. Seit einigen Monaten liegt ein offenes Geständnis der zwei vor, aber von einer Festsetzung des Termins hört und sieht man nichts. Ich befürchte, daß in diesem Falle, wo die Täter Angehörige der Sipps sind, die Angelegenheit verschleppt wird. Zweifellos wäre ein Termin festgesetzt bzw. wären die Täter längst verurteilt, wenn umgekehrt die Mörder Arbeiter und die Angehörigen der Sipps die Ermordeten gewesen wären.

Sie würden mich sehr verbinden, wenn Sie auch in diesem Falle einmal die Anfrage an das Justizministerium richten, warum hier nicht schon längst ein Termin festgesetzt worden ist.

### Ein Hausgehilfen-Gesetz.

Der Entwurf eines Hausgehilfengesetzes ist jetzt im Reichsarbeitsministerium auf Grund der Vorarbeiten des bei diesem bestehenden Ausschusses zur Herstellung eines einheitlichen Arbeitsrechts fertiggestellt worden und soll demnächst mit Vertretern der beteiligten Organisationen erörtert werden. Bei dem Entwurf, der allerdings keine endgültige Form bisher noch nicht erhalten hat, haben außer zahlreichen Anregungen aus den Kreisen der Beteiligten namentlich die Vorschläge der Gesellschaft für soziale Reform Berücksichtigung gefunden.

Der Entwurf umfaßt, wie uns in einer amtlichen Darstellung mitgeteilt wird, das Hauspersonal in weitem Umfang, soweit es nicht zu den Angestellten im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte gehört. Dagegen rechnet grundsätzlich nicht zu den Hausgehilfen, wer außer der Arbeit im Hause landwirtschaftliche Arbeit leistet oder überwiegend in anderer Weise, namentlich gewerblich beschäftigt ist. Der Entwurf will den berechtigten Interessen sowohl der Hausgehilfen als ihrer Arbeitgeber gerecht werden und regelt unter diesem Gesichtspunkt die Rechte und Pflichten aus dem Hausgehilfenvertrage, insbesondere die Dauer der Arbeitsgemeinschaft, sowie die Ruhepausen und Freizeiten. Der Entwurf sieht ferner nach österreichischem Vorbild einen Personalausweis vor, der lediglich die Feststellung der Identität des Hausgehilfen ermöglichen soll und dessen Ausstellung grundsätzlich nicht verweigert werden darf. Parallelmäßig zusammengestellte Hausdiensthäuser, die nach Bedürfnis zu errichten sind, dienen zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Hausgehilfen und ihren Arbeitgebern. Dem Schutze der jugendlichen Hausgehilfen ist angemessene Rechnung getragen.

Soweit die amtliche Darstellung. Es geht aus ihr leider nicht hervor, welcher Art die Bestimmungen über die „Arbeitsbereitschaft“ usw. seien, warum gerade die landlichen Hausgehilfen, die namentlich landwirtschaftliche Arbeit verrichten, ausgenommen werden sollen und vor allem, weshalb man den Hausgehilfen den Personalausweis aufzwingen will, den keine andere Arbeiterschaft kennt und der deshalb als Stadtbrief für Hausgehilfen empfinden wird. Der Zentralverband der Hausgehilfen hat wiederholt und eindringlich vor diesem „Stadtbrief“ gewarnt. Das Arbeitsministerium nimmt ihn aber trotzdem in seinen Vorschlag auf und will dann noch die Organisationen darüber hören. Das ist ein sonderbares Verfahren!

### Konzert-Umschau.

Handa, Strauß und Kapellmeister-Rust.

Das letzte der Winter-Abonnement-Konzerte leitete wiederum Oskar Fried, der ja als früherer Dirigent des Sternschen Sängervereins auch Fühlung mit anderen als rein-orchesterlichen Werken hat. Das Aussehen der Chöre macht zwar in Berlin die Runde, es bleibt aber ungerührt, dem Chordirigieren das Einstudieren zu überlassen und dann selber einen, ach, so bequemen Ruhm einzustreuen. Ist es ein auch nur beherrschendes Verdienst, mit dem Staatsopernchor, den Philharmonikern, Elisabeth Schumann und Heide Lindberg Handa's „Jaksessellen“ aufzuführen? Ist es mehr geschmackvoll, oder nur auftritis, dieses sonnige, idyllische, melodienreiche Werk, diese aus feinsten Miniaturen zusammengesetzten Lebenskantaten, dem unbehaglich-unfehlbaren Saal der Philharmonie zu opfern? Wer das Werk kennt und wer es liebt, wird durch Striche, die auch dem Terte Thomsons wohl anstehen, versuchen, dem in Einzelheiten zerfallenden Ganzen eine größere, einheitlichere Linie zu geben. Besonders in Arien und Duetten, deren Weichheit und vollendeter Charnie zwar immer wieder gefangen nehmen, in deren Stimmungsgleichheit aber eine leichte Müdigkeit unmerklich aufsteigt. Die beiden genannten Solisten sind technisch Meisterflügel, aber beide von der Empfindungen und des Blutes Hitzewellen nicht getrieben; Fried hat den Anstoß für die wachenden Chöre handlichen Schloßes, nicht aber die Grazie für die reine, überliche Lustigkeit. Hinter den entzückenden Reizen dieser ländlichen Idyllen, die im Schlafjah übermächtig werden, verschwinden in stundenlangem Unterhaltung die weniger, der Innensinn, dem Wunder des Glaubens und des Menschenschicksals gewidmeten Szenen. Dazu gehört vor allem das herrliche Bargo des Simon: „Schon weilt dein Herbst dem Alter zu, schon naht der bleiche Winter sich und zeigt die das offene Grab...“ Wer singt uns diese Ereignisheit in die Seele ein? Ich warte nicht. Aber aus dem Rollenbild meiner Partitur flieg auf einmal, wehmütig stimmend, das Alltags unsres lieben Franz Diederich gültig lächelnd empor.

Ein Lied von der Erde und ein Lied von Tode brachte das 5. Sinfoniekonzert der Großen Vokalsoper unter Scheinpflugs Harter, allzu massiver Leitung. Mahlers Herzensfang ist mir für ein Reperitoirstück zu lieb; es sollte der besonderen Feier anvertraut bleiben. „Lied und Verkürzung“ von Strauß büßt nichts an Wirkung ein, auch wenn sich die Blech- und Paukenschläge in einer allzu scharfen Dynamik einmal überdrehen. Scheinpflug lenkte da das Orchester in gar betriebe Impulse hinein. Strauß ist allem Modernisten zum Trost in diesem Humus auf Welterschaffung, Weltverklärung größer denn je. Man versteht Richard Specht, der jetzt (bei Tel) den ersten Band seiner Strauß-Philosophie erscheinen läßt. Er spricht von seinem Meister, wie er einst von Wagner sprach, mit dem poetisch gehobenen, bilderreichen und entzücktem Ausdruck des Gefühls, im Rausch des Entzückens und der durch tiefe Kenntnis und Forschung gefestigten Leidenschaft eines Heros, der nicht Richter sein kann. Da bringt Begeisterung über vom Schwur eines ganz gläubigen, der Kritiker schaltet sich aus, oder das Werk, vor dem er kniet, schaltet seinen Einbruch aus. Das Temperament dieses Buches ist vollendetste Werbung für die Straußsche Musik, sein Ton

voller, klingender, künstlertreue, sein Sinn die demütige, schöngeistige Leistung eines erstrangigen Schriftstellers. Best dieses Buch, das Rust trägt in sich selbst.

Im den Schritten von Straußens Mantel tragen hundert Straußianer noch nicht mit ihrem Schelle. Alltäglich wird's Gemüthlich, allabendlich Gefahr. Hermann Henrichs Sinfonie in einem Satz ist sicher keine schlechte Arbeit. In einem sauberen und frei gehandhabten Orchesterlag, bogen überhand thematische Ideen auf, die tragfähig scheinen, ein guter Klang führt dem kapellmeisterlichen Komponisten die Feder. Aber er fängt mit Klang und Thema und selbst mit einem Brahmsischen Scherzo-Einfall rein gar nichts Deutsches an, sein eigener Atem geht ihm über Linie, Papier und Raffinesse aus. Das Ganze bleibt im Gleichgewichtigen stecken, nur ataklich ein Erleben vortäuschend. Das steigert sich bis zur blaffen Regative beim neuen Melodrama Edmund Reifers. Er hat sein Publikum als Dirigent gefunden, und wie freuen uns seiner Routine, seiner Gelingeshaft, seines Durchhaltens. Das aber verpflichtet ihn zum eifrigsten Studieren mit dem (Blättern) Orchester, das wirklich geschriebene Noten nicht mit einem Beibehalten künstlerisch bewahren kann. Nichts aber ist schämlender für den Hörernden, als wenn er fürchten muß, es könne jeden Augenblick da oben etwas schief gehen. Die „Winternacht“ ist nach Böttchers Irish reich bedacht, aber handlungsarmes Gedicht für Orchester und Orgel von Meißel komponiert, den 80 Bizerieren ist eine unperfektliche, schwachmatige, durch kein starkes motivisches Gerüst gestützte, leicht geschickt gemachte Musik angeklebt. Böttcher vegetarische Klänge. Ebenso wird das Werk verstanden.

Bon Boclos Talich möchte ich nur verraten, daß er im Dirigieren des Philharmonischen Orchesters Geschicklichkeit und Kraft zeigt. Er scheint der Konkurrent der Schalk'schen Philharmonie zu sein, die wir im vorigen Winter begrüßten. Schalk bereitet einen Zugriff von 9 Beethoven'schen und 9 Bruckner'schen Sinfonien vor — für Prag, und nicht nur für Prag oder Böhmen eine Kulturut von Bedeutung. (Wer bringt z. B. in Berlin mehr als 4 Bruckner'sche Sinfonien heraus?) Talich vertritt unter anderem auch deutsche Musik in Berlin mit dem Ohr des Lächelns zu spielen. Schön, dann muß er auch den Mut haben, in seiner Heimat deutsch von nichtdeutscher zu unterscheiden. Sägt die Bohemia in Prag die Wahrheit, so rechnet Talich auf seinen dortigen Anzeigen Handel (Hand!) zu den Engländern, den Ritter Gluck zu den Franzosen, schließt Deutsche nur geheimnisvoll und ungerne in seine Programme ein. Das verstimmelt dort. Und mahnt uns zur Vorsicht.

Das Budapest Quartett (Hauser, Bogany, Apolny, Son) dagegen haben wir uns Herz geschlossen, bedingungslos. Die Bewegungen der vier auseinander gestimmten Klavieren sind lebhafter, als es hier zu Lande üblich ist; aber dieses Kopfnicken und Körperreden, Atmen, Rechen, Anrennen ist unbewußte Kraft, lebhafter treibend-motivischer Kräfte. Genau so jedert ihr Rhythmus, und ihre Leidenschaft steigert sich bis an die Grenze des Brütalen. Im Schuberts G-Dur-Quartett op. 161 fühlt man im verzerrten Pianoforte, im sinnlichsten Schweben der Töne bei dem Budapestern kaum mehr als das allzu Klänge, das hier in fünf Sätzen seltsames Ereignis geworden ist.

Birger Hammer ist ein sehr korrekter, fingertüchtiger Pianist, der in guter Laune ganz hervorragend auf den Tasten singen kann.

Jüngst aber, im Carnaval von Schumann, war er nur korrekt; all diese kleinen Säckelchen erziehen palliert, sauber gepulvt, figurenstark. Der Odem des Herrn, der die Seele schafft, quoll nicht aus vollen Borden. Ein andermal! Der feinspurige Pianist Michael Rauchellen dichtete wieder einmal auf Offenbach. Diesmal Lieder von Wolf. Und Paul Berber, der sich nun schon als Liebhaber der Welt fühlt und eigentlich ein Liebhaber der Götter bleiben sollte, ohne Blick für die Erde, begleitete wunderschön mit seinem Bass. Daß ich nicht ungerecht bin: er führte sogar, vergriff sich aber mehrfach im Tempo. So beim „Neuerreiter“, dessen Orchesterpremiere unter Ochs in den neunziger Jahren Hugo Wolf selbst beendete, und dessen Zeitmaße er gemessermäßigen Sanftian erteilte. Bei diesem Wort stocke ich, werfe die Feder hin, denke an mein blutendes, rheinisches Heimatland, das von Sanktionen heimgejagt wird, und verwehre einen langen Tag selbst der Musik ihr Lebensrecht. — Zwischen den Schlochten verhalten die Rusen ihr Haupt!

Dr. Kurt Singer.

Lichtmückung und Lebensdauer. Der Leiter des Bureau of Animal Industry im nordamerikanischen Departement für landwirtschaftliche Angelegenheiten, Dr. Groner, entdeckte mit Hilfe seines Assistenten, daß man durch verschiedene Lichtbehandlung die Lebensdauer der Pflanzen verdoppeln kann, insofern, wie man sie länger oder kürzer dem Tageslicht aussetzt, kann man erreichen, daß Spinat — bis jetzt ein Wintergemüse — das ganze Jahr hindurch auf den Tisch kommt. Weichen jederzeit, die winterliche Christantheme im Frühling und die Sommerblume Iris im Dezember blühen. Versuche mit Tabak machte Dr. Groner in einem von ihm besonders konstruierten „Dunkelhaus“. Sie hatten den Erfolg, daß der Ertrag eines Ackers von 800 Pfund auf 2000 Pfund gebracht wurde, dadurch, daß man die Zeit, in welcher der Tabak der Sonne ausgesetzt war, künstlich verkürzte. Ferner ist Dr. Groner zu dem Schluß gekommen, daß auch die Tiere dem Einfluß der wechselnden Tagelängen unterliegen, daß es z. B. weniger der Instinkt ist, der die Zugvögel fortreibt, als die verkürzten Tage. Hühner, für die man im Winter die Tage künstlich verlängert, legten im Dezember ebenso viel Eier wie im August, ein Beispiel, das die Bedeutung von Dr. Groners Entdeckung für die Volksernährung genügend beleuchtet. (F. P. S.)

Am Deutschen Theater findet Sonntag, 13. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, die erste Aufführung des Goldstück der russischen Schauspielerin Elena Solewickaja statt.

6. Operabend der Großen Vokalsoper im Harmoraleal am 11. März: Donner-Abend. Soubrette: Josef Mann, Melodie Kurt und Margarete Arnold-Über. Orchesterleitung: Bruno Seibler-Waller.

Der Choristenverein, Dirigent Johannes Seidemann, führt am 20. März, 7 1/2 Uhr, in der Gaudinstraße G. A. Handels Alzias auf. Mitwirkend: Elise von Katopel, Paula Weinbaum, Waldemar Henke, Eduard Kahl, Walter Drenski und Otto Rempla. Orchester aus ersten Berliner Musikern.

Der erste Deutsche Volkskongress unter Leitung des früheren Berliner Bürgermeisters Dr. Reida beläuft die nachdrückliche Förderung des Zeitgeistes des Bundes, daß in deutschen Landen obererarten Volkshilfen und Jugendheimen erleben und daß in ihnen tausenden von Volksernen Männer und Frauen aller Stände, Parteien und Bekenntnisse verständnisvoll zusammenarbeiten sollen.

### Groß-Berlin Der ehrliche Finder.

Die Papiergeldwirtschaft hat ihre Schattenseiten — das ist männlich bekannt. Über eine dieser Seiten ist noch wenig berührt worden — sie bezieht sich auf das Verhalten der Briefstasche. Nicht alle Menschen gehen so grausam mit den schön bedruckten Papierscheinen um wie die meisten Frauen, die den 50-Pfennig- wie den 50-Mark-Schein unbarmherzig so lange kniften und zusammenpressen, bis er in das Miniaturportemonnaie hineingeht. Ebensovornig hulbigem auch die meisten Menschen dem anderen Prinzip: die Geldscheine lose in die Taschen zu stopfen und bei jeder Fählung ein Bündel solcher Wertobjekte dem erkaunten Gegenüber unter die Nase zu halten: „Sehen Sie, wir haben's dazu.“

Nein, die Mehrzahl der ernsthaft veranlagten Menschen trägt eine Brieftasche (früher auf deutsch Portefeuille genannt). Da, die ganz sicher gehen wollenden tragen diesen beweglichen Kassenbehälter sogar in einer Geheimtasche der Weste, so daß im Winter im dreifachen Aufknöpfen — Ueberzieher, Rock, Weste — erfolgen muß, bis der benötigte 50-Pfennig-Schein das Licht des Tages erblickt. Gerade diese Sicherheitskommissariate sind nun dem Verlust am meisten ausgesetzt — dem Verlust der ganzen Brieftasche nämlich. Da man selten zum Bezahlen das ganz passende Geld bei sich hat, so wird der größere Geldschein herausgeholt, und da nun doch der herausgezogene Betrag wieder in dem Ernheim eingepackt werden muß, so behält man die Tasche in der Hand. Oder man legt sie, falls man die Pause des Wartens noch mit einer nützlichen Beschäftigung ausfüllen will, wie Schreiben einer Postkarte, Reutknöpfen der Strippe um ein gekauftes und natürlich schlecht verpacktes Paket oder auch nur im Gespräch mit einem Bekannten neben sich und beschäftigt sich so intensiv — auch kein Wunder bei den unterernährten Kertern, die zweierlei Gedankenlosigkeit nicht mehr leisten können — mit dem neuen Objekt der Aufmerksamkeit, daß man auf seine Brieftasche nicht mehr achtet. So wird sie leicht eine Beute des ehrlichen und noch mehr des unehrlichen Finders.

Wie leichtsinnig überhaupt manche Leute mit dem umgehen, was nun doch mal der offizielle Ausdruck des Vermögensstandes ist, beweist folgende Geschichte. Stand da an einem der Postschreibstische, die trotz der Federhalterrevolution noch immer stark umlagert sind, ein junges Herrchen und wollte ein Telegramm niederschreiben. Seine Brieftasche hatte er daneben gelegt, augenscheinlich, um etwas in den Papieren nachzusehen. Da die erste Fassung des Telegramms seinen Wünschen nicht zusagte, holte er sich ein anderes Formular, ohne daran zu denken, daß der Postschreiber nicht in seinem Arbeitszimmer stand. Also er ließ alles so liegen, wie es lag. Als er wiederkam, war die Brieftasche verschwunden. Ein Dieb — heute nichts Seltenes. Und der unehrliche Finder rangiert gleich hinter ihm.

### Gefälschte Steuermarken.

#### Aufdeckung eines Riesenschwindels.

Bereits im Oktober v. J. tauchten gefälschte 25-M.-Steuermarken auf. Jetzt ist es der Berliner Kriminalpolizei in einwütigem Zusammenwirken mit dem Landesfinanzamt und der Oberpostdirektion gelungen, die Hersteller und ihre Helfershelfer — über 100 Beteiligte — zu fassen. Durch die Verhaftung eines Kritikers Richard Mantik, der auch den Epitheten „Artistenartist“ fähig, ist der ganze Schwindel an das Tageslicht gekommen.

Schätzungsweise sind etwa 250 Millionen Mark in Werte von dreizehn bis zu fünfzig Millionen in der Rosenthaler, Weinmeister-, Berg-, Dredner und Bräckerstraße an kleine Geschäftleute, besonders aber an die in den Lohnbüros größerer Firmen beschäftigten Angestellten zum Preise von 10 M. in größeren Mengen verkauft worden. Eines Morgens wurden die Hauptbeteiligten unter Aufgebot von 50 Beamten verhaftet und am Mittag des gleichen Tages nahm die grüne Polizei in den genannten Lokalen etwa 70 Personen fest.

Die zum großen Teile Käufer oder Verkäufer dieser Marken waren, die in der Kolonnenstraße mit einer Steindruckpresse unter Verwendung von entworfener edlem Papier bedruckt wurden. Die

Kriminalpolizei hat hier noch Marken im Werte von 170000 M. beschlagnahmt. Einer der Hauptverbreiter ist der Bäcker Richard Weighardt, ein alter Bekannter der Kriminalpolizei, und ein gewisser Adolf Stach, der ebenfalls der Kriminalpolizei nicht unbekannt ist. Diese hatten den bisher unbefragten 20-jährigen Drucker Will Freiheit zur Herstellung der Fälschungen mitgebracht. Es ist auch berichtet worden, Steuermarken zu 2 und 10 M. herzustellen, jedoch scheint sich dies nicht recht gelohnt zu haben.

Die gefälschten Marken sind besonders durch unbedeutlichen Druck und ungleichmäßige und weitere Perforierung zu erkennen. Es liegt durchaus im Interesse derjenigen, die solche Marken zu billigen Preisen unter der Hand gekauft haben, diese durch echte zu ersetzen. Da die Schwindler sich auf den Massenvertrieb ihrer Fälschungen eingerichtet hatten, wäre durch ihre Arbeit das ganze System der Steuermarken durchbrochen worden. Eine Seitengruppe dieser Gesellschaft, an deren Spitze ein gewisser Hermann Volien stand, beschäftigte sich mit der Herstellung von Fälschungen in Form von Briefmarken der Provinz Sachsen, und es bestand bereits die Bestimmung, daß durch diese gefälschten Marken die ganze Fälschungswirtschaft der Provinz in Unordnung geraten könnte. Daneben wurden auch noch Berliner Spiritusmarken und Prototypen in beschränkterem Umfangem fabriziert.

## S. P. D. - Funktionäre!

Freitag, den 11. März, abends 6 Uhr

### Allgemeine Funktionär-Versammlung im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41.

Tagesordnung: Sozialdemokratie — Londoner Verhandlungen — Innere Politik. Referent: Dr. Adolf Braun, M. d. R.

Zutritt haben nur mit neuen Ausweisarten versehene Funktionäre und Betriebsvertrauensleute. Mitgliedsbuch der S. P. D. und Funktionärkarte müssen übereinstimmen.

Der Bezirksvorstand.

legen. Da die Schwindler sich auf den Massenvertrieb ihrer Fälschungen eingerichtet hatten, wäre durch ihre Arbeit das ganze System der Steuermarken durchbrochen worden. Eine Seitengruppe dieser Gesellschaft, an deren Spitze ein gewisser Hermann Volien stand, beschäftigte sich mit der Herstellung von Fälschungen in Form von Briefmarken der Provinz Sachsen, und es bestand bereits die Bestimmung, daß durch diese gefälschten Marken die ganze Fälschungswirtschaft der Provinz in Unordnung geraten könnte. Daneben wurden auch noch Berliner Spiritusmarken und Prototypen in beschränkterem Umfangem fabriziert.

### Im Kokainrausch als Mörder verhaftet.

Eine geheimnisvolle Mordtat, welche erst jetzt ihre Aufklärung gefunden hat, wird am kommenden Freitag dem Gegenstand einer längeren Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts II bilden. Angeklagt ist der als Ein- und Ausschreier sowie als sog. Eifenfresser bekannte ansehnliche Kritiker Adolf Schuster. — In der Nacht zum 5. März 1919 wurde der Hauseigentümer Waldemar Hennig in dem Haustrasse seines Hauses Hauptstr. 120 zu Schöneberg in einer großen Blutlache liegend tot aufgefunden. Die Obduktion ergab als Todesursache mehrere durch Schläge mit einem stumpfen Werkzeug verursachte Schädelbrüche. Die Ermittlungen nach dem Täter blieben lange Zeit erfolglos, bis es jetzt endlich der Kriminalpolizei gelang, eine Spur zu entdecken, welche auf den letzten Angefallenen hindeutet. Dieser war inzwischen unter die „Koffer“, d. h. Kokainkäufer, gezogen und wurde eines Tages, als er im Kokainrausch in einer Weinlaube in der Bülowstraße saß, verhaftet. Die Ermittlungen hatten ergeben, daß Schuster am Morgen nach der Tat mit blutbesetzten Kleidern nach Hause gekommen war und zu einem Bekannten geflüchtet hatte, er habe in Schöneberg einen Menschen totgeschlagen. Außerdem ließen sich Zeugen ermitteln, welche Schuster in der fraglichen Nacht am Tatort gesehen haben wollen. Diesem Indizienbeweis gegenüber ist vom Rechtsanwalt Dr. Kurt Vincus ein umfangreicher Alibibeweis angetreten worden, so daß die Verhandlung einen ziemlich umfangreichen annehmen dürfte.

### Raubüberfall in einer Garage.

Ein ungewöhnlich dreister Raubüberfall ist in Schmargendorf verübt worden. Als sich in der Garage Spandauer Str. 20 zu Schmargendorf ein wertvolles Automobil befand und sich außerdem darin gerade der Chauffeur und der Pförtner aufhielten, wurde die Tür plötzlich mit Nachschlüsseln geöffnet und den überraschten Männern traten zwei dunkle Gestalten gegenüber, die beide eine Pistole schußbereit in der Hand hielten. Die Ueberfallenen wußten es sich gefallen lassen, daß der eine der Räuber sie festsetzte, während der andere auch dessen Pistole an sich genommen hatte und so in

jeder Hand eine Schußwaffe hielt. Nachdem der Chauffeur und der Pförtner an Händen und Füßen gefesselt waren, führten die Fremden mit dem Automobil davon. Die Gefesselten wurden erst nach einer Zeit aufgefunden und aus ihrer peinlichen Lage befreit. Die Kriminalpolizei, die von dem besten Automobilraub erfuhr, stellte Nachforschungen an und ermittelte so, daß die beiden Räuber mit dem Kraftwagen nach einem Platz am Legeler Weg gefahren waren, wo sie sich daran gemacht hatten, den Wagen abzumontieren und die einzelnen Stücke zu verkaufen. Sie hatten zunächst die Reifen abgezogen und diese mit einigen anderen Teilen in einem Keller verkauft. Als sie nun gestern wieder erschienen, um den geraubten Kraftwagen weiter abzubauen, wurden sie festgenommen. Die Verhafteten wurden festgestellt als ein 30 Jahre alter Arbeiter Karl Habako aus der Steglitzer Straße und ein 32 Jahre alter Arbeiter Josef Niemeck aus der Flottwellstraße. Bei ihrer Vernehmung gaben sie zu, daß sich der Vorfall so abgespielt habe, wie die Ueberfallenen ihn geschildert hatten. Beide wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

### Der neue Stadtkämmerer.

Der Ober-Ausschuß nahm am gestrigen Mittwoch in dritter Lesung zur Wahl des neuen Stadtkämmerers Stellung. Ein Antrag, nochmals mit dem ehemaligen Stadtkämmerer von Charlottenburg, Herrn Scholz, in Verbindung zu treten, wurde mit 11 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Hierauf beschloß der Ausschuß mit 18 Stimmen, den bisherigen Kämmerer in Hensburg, Herrn Dr. Harding, der Stadtverordnetenversammlung als Kämmerer von Berlin zu empfehlen. Die Wahl dürfte in der nächsten Woche von der Stadtverordnetenversammlung vorgenommen werden.

### Annahme der Hausangestelltensteuer.

Der Steuerausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat am Mittwoch in dritter Lesung die Beratung der Hausangestelltensteuer beendet. Aufrecht erhalten wurde der Beschluß der ersten Lesung, wonach der Dienstbotensteuer auch unterliegen: Kindererzieherinnen und Kinderpflegerinnen, sowie Wärter von Heilanstalten in Land- oder Einfamilienhäusern, dagegen nicht Aufwartefrauen, Ausbesserinnen und Näherinnen. Aufwartefrauen gelten als Hausangestellte desjenigen Haushalts, in dem sie mehr als 20 Stunden wöchentlich beschäftigt werden, und unterliegen dann der Steuer. Die vierteljährliche Steuer ist zu entrichten, wenn die Hausangestellte auch nur einen Monat (nicht „eine Woche“, wie es in der Magistratsvorlage hieß) in dem betreffenden Haushalt zur Erfüllung des Dienstvertrages angewandt war. Die Steuererläge, die in der zweiten Lesung ermäßigt worden waren, wurden nach der Magistratsvorlage wiederhergestellt, und zwar: für den ersten Angestellten 100 M., für den zweiten 300 M., für den dritten 1500 M., für den vierten und jeden folgenden 2000 M. jährlich. Ein von bürgerlicher Seite gestellter Antrag, den ersten Angestellten überhaupt steuerfrei zu machen, wurde abgelehnt. Ebenso wurde ein völksparteilicher Antrag, schulbildungspflichtige Angestellte von der Steuer zu befreien, und ein deutschnationaler Antrag, junge Mädchen unter 17 Jahren, die bei einer Hausfrau in der Lehre sind, steuerfrei zu lassen, abgelehnt. Steuerfreiheit wurde dagegen unter Aufrechterhaltung der Beschlüsse erster Lesung beschlossen für diejenigen Hausangestellten, die außer mit hauswirtschaftlicher Tätigkeit auch als Hilfskraft im Beruf einer zum Haushalt gehörigen Person (z. B. beim Arzt) verwendet wird. Steuerfrei ist ferner das Beschäftigen eines Hausangestellten, wenn im Haushalt gewerbsmäßig Speisen und Getränke gegen Entgelt an mehr als 3 nicht zum Haushalt gehörige Personen verabreicht werden (Bewirtungen); neu beschlossen wurde einstimmig die Steuerfreiheit für einen Hausangestellten, wenn in einem Haushalt minderjährige Kinder die Hausfrau selbst oder durch Krankheit an seiner Führung verhindert ist, oder wenn die Frau den Haushaltsvorstand bildet und zugleich erwerbs- oder berufstätig ist. Ferner wurde Steuerfreiheit beschlossen: wenn der Haushalt besteht aus einer Person über 60 Jahre mit nicht mehr als 2000 M. Jahreseinkommen, zwei Personen über 60 Jahre mit nicht mehr als 3000 M. Einkommen, oder wenn zum Haushalt mehr als drei Personen unter 16 Jahre gehören. Darauf wurde der Dienstbotensteuerordnung im ganzen mit großer Mehrheit zugestimmt.

Die Hundesteuerordnung nahm der Steuerausschuß zuvor mit einigen Änderungen über die Steuerfreiheit an. Die Vorschrift einer bestimmten Einkommensgrenze bei Tauben, Hülsen, Blinden, denen ein Hund zum Schutz unentbehrlich ist, wurde gestrichen, so daß diese Personen in jedem Fall von der Hundsteuer frei sind. Dasselbe gilt für Hunde, die für gewerbliche Karren oder Wagen unentbehrlich sind. Neu eingefügt wurde die Steuerfreiheit für Hunde in vereinzelten liegenden Gehöften.

## Stine Menschenkind.

II. Mütterchen.

Von Martin Andersen Nexé.

Paul und Schwester Else hatten sich seiner sofort bemächtigt; sie ließen aus und ein zwischen seinen gespreizten Beinen, die für sie gewaltig dicke Pfosten waren, schleuderten Achten, indem sie den einen Pfosten losließen und den Arm um den andern schlangen, und sangen dazu. Manchmal dehnten sie die Kette auch bis zu den Vorderbeinen des großen Klaus aus; der Gaul hob dann behutsam die Hufeisen, als hätte er Angst, ihnen wehzutun. „Kling — Klang, Kleine, — die Uhr schlägt neun!“ Die Kinder konnten zwischen den Beinen des Vaters gerade aufrecht durchgehen.

Stine kam mit einem Korb am Arm aus der Küchentür. „Du bist ja wieder in Gedanken, Vater,“ sagte sie lachend. „Gib acht, daß du nicht auf die Kinder trittst.“

Vater Peter sammelte sich und strich durch den struppigen Schopf der Kleinen. „Wo willst du hin?“ fragte er.

„Ach, ich will bloß zum Krämer, etwas einkaufen.“

„Näh doch Christian solche Besorgungen machen; du hast sowieso genug zu tun.“

„Er ist noch nicht aus der Schule zurück — aber ich begreibe ihm wohl.“

„Was ist er nicht? Es ist ja gleich Vesperzeit.“ Vater Peter sah sie erschrocken an. „Er hat doch nicht etwa wieder einen Nachrichen für die Landstraße gelöst, was meinst du?“

Stine schüttelte entschieden den Kopf: „Ich denke, er muß nachhaken, — ich werd' ihm schon begegnen! Und das trifft sich sehr gut, denn dann kann er mir tragen helfen,“ fügte sie schlagfertig hinzu. „Er ist so stark!“

Aber Vater Peter ließ sich nicht mehr so leicht von der Sache abbringen. Da hatte er nun gerade seinem Schicksal dafür gedankt, daß er nach Hause kam und alles bei bestem Wohlsein vorfand und hatte sich selbst im stillen gelobt, daß es nun vorbei sein sollte mit dem unsteten Leben — und da erlebte er das hier! Der Junge trieb sich herum, daran war nicht zu zweifeln — er sah es dem Mädel an den Augen an. Also so etwas konnte er von seinen Kindern erwarten! So lieb er sie hatte — sein Voster sollte auch in ihnen lebendig

werden. Der Kinder wegen wollte er sein unruhiges, verlangendes Blut niederkämpfen, und da tauchte es in ihnen selber auf. Es war, als trafe es ihn in einer offenen Wunde — ein Stoß in die Herzgrube war es!

Vater Peter stellte das Pferd ein und gab ihm ein Raß Hafer; das Geschirr nahm er ihm nicht ab. Wenn der Junge nicht bald zu Hause landete, mußten sie sich aufmachen, ihn zu suchen. Es war ja nicht das erstemal, daß Vater Peter und der große Klaus die ganze geschlagene Nacht umherfahren und suchten. Und einmal hatte Stine sich nach dem Burchen die Seele aus dem Leibe gesucht, während er ganz gemütlich auf Vaters Wagen saß und mit zum Aufkaufen herumfuhr. Er hatte Vater Peter auf der Landstraße erwartet, ihm welsge macht, daß er keine Schule habe — und der Vater hatte ihm erlaubt mitzufahren. Ein ganz verschlagener Bengel war's.

Als Stine an das Weidengebüsch kam, steckte sie den Kopf dort hinein, um ihn nicht schleppen zu brauchen. Mit dem Krämer, das war nur ein Vorwand gewesen, um aus dem Hause kommen und nach dem Jungen suchen zu können, ohne daß der Vater Verdacht schöpfte. Ein Ende weit an der Landstraße lag ein Haus, in dem Schulkinder wohnten; da erkundigte sie sich. Christian hatte sich heute nicht in der Schule sehen lassen. Sie wußte es wohl — war er doch heute morgen so schwer fortzutreiben gewesen! Vielleicht lag er nun irgendwo auf den Feldern hinter einem Dornbusch, hungrig und erschöpft; es würde ihm recht ähnlich sehen, wenn er da liegen bliebe, bis er umkam, falls man ihn nicht vorher fand.

Aufs Geratewohl lief sie über die Felder hin; überall fragte sie, ob man ihren Bruder nicht gesehen habe. „Ne, ist das der Burche drüben vom Elternnest?“ riefen die Leute. „Ja, der hat Landstreicherblut in sich.“

Dann lief sie weiter, so rasch sie konnte. Die Beine versagten, aber sie richtete sich auf und hastete weiter. Ohne den Jungen nach Hause zu kommen, das war undenkbar! Der Vater würde fürchtbar ärgerlich sein! — Und der Junge selbst — ihr kleines Herz schauderte es bei dem Gedanken, daß er die Nacht im Freien verbringen müsse.

Von einem Fahrennden erhielt sie den Bescheid, ein sieben- bis achtjähriger Knabe schleiche unten am Moor herum. Sie eilte hin und sah Christian vor sich. Er stand vor einer Häuserhütte und schrie, die Hausbewohner waren um ihn versammelt, und der Bauer hatte ihn beim Kragen gepackt.

„Aha, du bist auf der Suche nach dem Verbrecher,“ sagte er mit Selbstgefühl — „Ja, hier ist er, man hat ihn eingefangen. Die Kinder erzählten, er habe die Schule geschwänzt, und da hielt man es für das Beste, sich seiner Person zu versichern. Damit ihm nichts zustößt, oder damit er kein Unglück bei andern anrichtet.“

„Ach, er ist sehr brav,“ sagte Stine gekränkt, „er tut gewiß niemandem etwas zuleide.“ Sie schob die Faust des Mannes fort und zog den Jungen mütterlich an sich. „Weine nur nicht mehr,“ sagte sie und trocknete seine seuchenden Wangen an ihrer Schürze. „Niemand wird es wagen, dir etwas zu tun!“

Der Hüfner grinste vermisst. „Das stiftet Unheil über Unheil!“ sagte er laut. „Wer anders legt Feuer an und vergewaltigt friedliche Weiber als die Landstreicher. Und so wie er hier fangen die wohl an.“

Aber Stine war bereits mit Christian weit drüben auf dem Felde. Sie hielt ihn an der Hand und schalt ihn füglich aus. „Da kannst du's selber hören, was der Mann sagte! Und so einer willst du sein,“ predigte sie. „Und Vater macht du so böse. Denkst du, er hätte nicht sowieso genug Sorgen?“

„Mutter hätte das auch sein lassen können,“ sagte Christian und begann zu weinen.

Er war ganz erschöpft, und sobald sie zu Hause waren, sorgte Stine dafür, daß er ins Bett kam. Sie gab ihm Fliedertee und eine Socke des Vaters — die linke — um den Hals.

Am Abend besprach sie mit dem Vater die Begebenheit; der Junge lag im Bett und tobte, er hatte Fieber. „Das sind die bösen Kinder,“ sagte Stine erregt. „Wenn ich dabei war, ich würde schon dafür sorgen, daß sie ihn in Ruhe stechen.“

„Warum nimmt der Burche sich denn die Sache so zu Herzen?“ drummte Vater Peter. „Du hast dasselbe ja auch einmal durchgemacht.“

„Ja, aber ich bin ein Mädchen — Jungen sind viel empfindlicher. Ich schimpfe einfach wieder, aber wenn Christian richtig wütend wird, kann er gar nichts sagen. Und dann rufen sie alle und lachen ihn aus — und er nimmt seinen Holzschuh und will sie prügeln.“ Vater Peter sah eine Welle schweben da. „Wir müssen lieber suchen, von hier fortzukommen,“ sagte er dann.

Christian richtete sich hastig im Bett auf. „Ja, weit, weit weg!“ rief er. Das hatte er trotzdem gehört! (Fortf. folgt.)

Rädda Barnen — Rettet die Kinder.

Unter diesem Namen hat sich in Schweden eine Vereinigung gegründet, welche es sich zur Aufgabe macht, in verschiedenen vorkommenden Fällen...

Zu gutgeheiraten Männen werden die Kinder von ihnen an blumengeschmückte Tische geleitet, wo sie den Kaiser und die Kaiserin sofort betrachten müssen.

Die Abstimmungsfahrt der Berliner Oberschlesier.

Am gestrigen Mittwoch nachmittag in der fünften Stunde setzte sich vom Oberbürger Bahnhof der erste der Abstimmungszüge in Bewegung, welche die gewaltige Schar der heimatreuen Oberschlesier...

Wer beherbergt Kinder abstimmender Oberschlesier?

Der Magistrat Berlin erläßt folgenden Aufruf: Die überaus große Zahl reisender Oberschlesier macht in letzter Stunde weitere Unterbringung zurückbleibender Kinder und Eltern erforderlich.

Von der Verwaltungstelle der vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier ergeht an alle zur Abstimmung fahrenden Eltern die Mahnung, wenn Unterbringung ihrer Kleinen sich sofort an ihre Ortsgruppen zu wenden.

Niemand darf sich durch die Sorge um seine Kinder von der Fahrt zur Abstimmung abhalten lassen; jede Stimme ist kostbar. Weitere Meldungen sind zu richten an die Ortsgruppenverwaltungsstelle der vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier.

Bezirks-Vildungsausschuß.

Heute abend 7 Uhr im Saal der Juristischen Gesellschaft, Lindenstraße 3, I. Hof I. part., Beginn der Arbeitssitzung des Ausschusses für die Schulpolitik und der Sozialpolitik.

Fachklassen für Maschinenschreiben und Kursive.

Zur Ausbildung von tüchtigen Maschinenschreiberinnen sind an drei hiesigen Fachschulbildungsschulen für Mädchen Fachklassen für Maschinenschreiben und Kursive eingerichtet.

Johanniterstr. 8, C. 2, hinter der Garnisonkirche 2 (nahe Bahnhof Börse), R. 20, Hochstr. 46. Der Kursus hat bei 30 Wochenstunden Unterricht das Ziel, schreibegewandte und kaufmännisch geschulte Stenotypistinnen heranzubilden.

Für Unterbringung von Kindern der Stadtgemeinde Berlin in Landaufenthalts hat der Magistrat einen Betrag von zehn Millionen Mark bewilligt.

Stenographie in der Schule. Das Preussische Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung hat, so schreibt man uns, durch Erlass vom 29. Dezember 1920 angeordnet, daß in allen höheren Lehranstalten den Schülern und Schülerinnen Gelegenheit zur Teilnahme an wahlfreiem Stenographieunterricht gegeben werden soll.

Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung hielt in den Kammern seine Generalversammlung ab. Ueber 400 Mitglieder füllten den geräumigen Saal.

Die literarische Gesellschaft, ihre so feierlichen Landesschichten, bedeutamen Märchen und Erinnerungen wird Ostler heute am Mittwoch, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Kunstgewerbemuseums...

Kind-reisende Sozialisten (Bergarbeiter-Weisen). Vortrag des Genossen Dr. Karl Auer über „neuerliche Arbeiterbewegung und Sozialismus“ am Sonntag, den 12. d. März, abends 8 Uhr.

Milchlieferung. Am heutigen Donnerstag werden die 1/2- und 1/4-Liter-Kanientarten voll geliefert.

Filmschau.

„Miffiraten“. In den Kammern der Stadtgemeinde Berlin hat ein neuer Film „Miffiraten“ zur Aufführung.

Hande, von der man freilich nur den Führer, einen leidenschaftlichen Mann, zu sehen bekommt, zur Strecke zu bringen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Donnerstag, den 10. März: Kreis I (Friedrichshagen), 1/2 Uhr bei Schulrat, Albersdorfer Straße 2, Sitzung der Funktionäre.

Morgen, Freitag, den 11. März: Kreis I (Friedrichshagen), 1/2 Uhr im Schützenklub, Albersdorfer Straße 2, Sitzung der Funktionäre.

Jugendveranstaltungen.

Berlin Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, Sekretariat: W. 49, In den Jellen 12. Donnerstag, den 10. März, 1/2 8 Uhr: Vorkurs: Schulrat, Albersdorfer Straße 2.

Aus aller Welt.

Ein Schreibtisch für 13 Millionen. Im Palais Royal in Wien wurde ein Schreibtisch Napoleons, und zwar der, auf dem er seine Abdankungsurkunde schrieb, versteigert.

Sport.

Welter-Turn- und Sportklub, 4. Bezirk, Sonntag: Vorkurs in Hiltensdorf, abends 7 Uhr, im Saal der Juristischen Gesellschaft.

Briefkasten der Redaktion.

Verlässliche Antwort wird nicht erteilt. Gutes. Wir wissen nicht, ob und aus welchen Gründen Sinnig geschrieben ist.

HERMANN TIETZ. Billige Lebensmittel. Obst, Gemüse, Wurstwaren, Fleisch, Kolonialwaren, Fische, Ränderwaren. Includes a large list of products and prices.

# CALID ROAL

Die guten  
**MASSARY**  
Zigaretten  
URTEILEN  
SIE SELBST!

VON  
L'UNION

**Theater, Lichtspiele etc.**

**Opernhaus**  
Cosi fan tutte  
6 1/2 Uhr

**Schauspielhaus**  
Der Sturm  
7 Uhr

**Deutsches Theater**  
7 U.: Die Jungfrau v. Orleans  
Fr. 7: Die Jungfrau v. Orleans

**Kammerspiele**  
7 1/2 Uhr: Der König der dunklen Kammern  
Fr. 8 Uhr: Er ist an allem schuld, Der Heiratsantrag, Der Spieler.

**Gr. Schauspielhaus**  
(Karlstraße)  
7 Uhr: Danton (Aus. Abonn.)  
Fr. 7: Florian Geyer (Aus. Ab.)

**Theater f. d.**  
**Königgrätzer Str.**  
8 Uhr: Salome  
(Orska, Hartau, Hollmann, Branden)  
Freitag: Hellerer Kunstabend  
**Josma Selim**  
Sonntag: Hellerer Kunstabend  
**Josma Selim**  
Sonntag: Salome

**Komödienhaus**  
**Das weiße Lämmchen**  
1/2 Uhr mit Pailenberg

**Berliner Theater**  
**Die Spanische Nachtigall**  
1/2 Uhr mit Emmy Sturm, Walmann, Brandt, Kiper

**Central-Theater**  
**Die Postmeisterin**  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Figaros Hochzeit  
Friedr. Wilhelmstr. Th.  
7 1/2 Uhr: Hohelt die Tänzerin  
131. Schauspielhaus  
**Reigen**  
Komische Oper  
**Zigeunerblut**  
Lustspielhaus  
7 1/2 Uhr: Arnold Rieck in Die Mausefalle  
**Metropol-Theater**  
Neue geschlossene, Sonnab.  
**Die blaue Mazur**  
Neues Operettentheater  
Fritz Werner  
7 1/2 Uhr: Der lachende Ehemann  
Neues Volkstheater  
7 1/2 Uhr: Der Parasit  
Schiller-Theater, Charl.  
7 1/2 Uhr: Doktor Klaus  
Thalia-Theater  
7 1/2 Uhr: Mascottchen  
Th. am Nollendorfplatz  
7 1/2 Uhr: Die Zaubertüte  
7 Uhr: Wenn Liebe erwacht  
Theater des Westens  
7 1/2 Uhr: Schwalbennest  
Th. d. Kommandantenstr.  
7 1/2 Uhr: Der verjüngte Adolar  
Walter-Theater  
7 1/2 Uhr: Die Tanzgräfin  
Walhalla-Theater  
7 1/2 Uhr: Voga händler  
7 1/2 Uhr: Residenz-Theater  
**Lady Windermeres Fächer**  
Adela Sandrock  
Käthe Haack  
Jul. Falkenstein  
Hedda Neuböf

7 1/2 Uhr: **Trianon-Theater**  
Lepo, eine Konstantin in Die Gesellschaft des Abbe Chateaufeuf und in Abschiedsoper Ika Grünig, Herm. Valentia, A. E. Licho, Hugo Flink, Mamelek Werkmeister  
Sonn. 4 U.: Kammermusik

7 Uhr: **Kleines Theater**  
Unter den Linden 44  
**Casanovas Sohn**  
Eugen Durg, Nady Christiana, Heier, Schroth, Hans Albers.

## Grosses Schauspielhaus

### Abonnement-Einladung für die Spielzeit 1921-1922

Am Freitag, den 25. März, beginnt die Ausgabe der Abonnements für die Spielzeit 1921/1922.

Den bisherigen Abonnenten ist Gelegenheit geboten, ihr inbegabtes Abonnement in der Zeit von Freitag, den 11. März, bis incl. Donnerstag, den 24. März, an der Abonnementkassa des Grossen Schauspielhauses zu erneuern.

Vorbestellungen auf Abonnements werden ab Freitag, den 11. März, an der Abonnementkassa des Grossen Schauspielhauses und der Theaterkasse A. Wertheim entgegengenommen.

Jedes Abonnement erstreckt sich auf sechs verschiedene Stücke. - Den bisherigen Erfahrungen entsprechend wurde das

**Abonnementsystem dahin geändert, dass künftig jede Abonnementkarte auf einen bestimmten Tag und Datum lautet,**

so dass jeder Abonnent schon bei Erwerb eines Abonnements über Tag und Datum einer jeden der sechs Vorstellungen genau unterrichtet ist.

Für das Spieljahr 1921/1922 sind folgende Stücke in Aussicht genommen:

König Lear . . . . . Shakespeare	Pen hesilea . . . . . Kleist
Götz v. Berlichingen . . . . . Goethe	Saul u. David (ein Sprechatorium)
Gezähmte Widerspenstige . . . . . Shakespeare	Hannibal . . . . . Grabbe
Das Leben ein Traum . Calderon	Arbeiter, Bauer, Soldaten . . . . . Decher
Revue mit Tanz und Gesang . . . . .	Judith . . . . . Heibel

**Abonnementpreis für 6 Vorstellungen:**

Parkettlogen . . . . . M. 120.-	Balkon . . . . . M. 72.-
Parketttribüne . . . . . M. 90.-	1. Ring . . . . . M. 54.-
Ringlogen . . . . . M. 120.-	2. Ring . . . . . M. 36.-
	3. Ring . . . . . M. 18.-

Die Abonnementkassa des Grossen Schauspielhauses ist täglich vormittags von 10-2 und abends von 7-9 geöffnet. Dasselbst ausführliche Prospekte.

Variete-Café  
**Moritzplatz**  
Oranienstraße 53/54  
Täglich 8 Uhr  
Elite-Programm

**Admirals-Palast**  
Die roten Schuhe  
Morgen - Keine Vorstellung

## Apollo-Theater

7 1/2 Direktion: James Klein. 7 1/2  
Unwiderruflich nur noch bis 31. März  
Das große Ausstattungstück in 4 Bildern



**Madame Dubarry's Liebesleben**  
mit der weltberühmten **Saharet**  
als Gräfin Dubarry.

Ueber 150 Mitwirkende! - Sonntag 3 1/2 das vollst. Stück mit Saharet, - jeder Erwachsene 1 Kind frei - Vorv. 10 ab 10 Uhr ununterbroch.

Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus

### VORTRAG

Oberlichtsaal-Pflicht. Freitag, 11. März, abds. 8 Uhr:  
Dr. med. Eugen Kolisko, Stuttgart:  
Das freie Erziehungs- und Unterrichtswesen in seinem Verhältnis zu Staat und Wirtschaft

Fragebeantw. Karten 3, 2, 1 M. Abendkasse

Täglich Konzert in ihrem eigenen Heim

## Heinrich Schlusnus

Maschinenbau / Tannhäuser / Unifon / Bariton von Sevilla / Rigolito / Trombone / Hans Kolling / Margarethe / Hamlet / Bajazzo.

Der gefeierte Sänger schreibt unter d'm 3. Januar 1921: „Meine schönste Erholung bei meinem anstrengenden Studium und meinen künstlerischen Aufgaben ist immer die Stunde, in der ich mir an meinem „Grammophon“-Apparat meine eigenen Platten und auch solche von anderen Künstlern von Ruf anhören kann, und es ist mir daher ein Herzensbedürfnis, Sie zu den Erfolgen, die Sie mit der künstlerischen Wiedergabe von Stimmen und Instrumenten errungen haben, zu beglückwünschen. Mein Kompliment . . .“

**Grammophon-Spezialhaus G.M. & H.**  
Berlin nur W8 - Friedrichstraße 189

Prospekte und Verzeil kostenlos

**Circus Busch**  
Sarrazani  
Tägl. 10. Sonn. auch 3 U.  
Das Circus-Schaustück.  
Prärie und Palna  
Vorv. Circus ab 10 U ohne Unterbrech. geöffnet. Tietz  
Leipzig, Str. u. Alexanderstr.

Schilleraal. Heute u. tägl. 8 U.  
Lichtbildervorträge:  
**Knabe oder Mädchen**

Künstlerhaus Freitag, 11. März  
Sonnab., 12. März  
8 Uhr abends:  
Bellevuestr. 3

## Joachim Bellachini

### Der Mensch vor 100 000 Jahren

Naturwissenschaftlicher Erkenntnis dienender Demonstration-Abend  
mit 100 elektrischen Kolossal-Gemälden.

Wie das Leben entstand - Die Urwesen - Die Wunder des Urmoers - Die wandernde Eröpole - Vom Urtier zum Menschen - Wunder des Mikroskops - Der durchsichtige Mensch - Das Geheimnis des Menschenblutes - Psychocapitale Studien - Warum wir sterben - Der Mensch der Zukunft

Karten à 10 M., 5 M., 3 M. tägl. 10-8 Uhr im Künstlerhaus, Bellevuestr. 3

## ADMIRALSPALAST

Sonnabend, 12. März, 8 Uhr abends.  
In letzter Stunde  
Zum Besten der Abstimmung

### Schlesischer Jahrmart - Trachtenfest

Stück auf, mein Oberschlesien!  
Mitwirkende:  
Max Adalbert, Paul Graetz, Waldemar Henke, Melitta Klefer, Fritz Spira, Herbert Stod, Guido Thielscher, Carl Wollauer, Lotte Werkmeister

Kapellmeister J. Fisch und Hugo Moesgen

### BALLET:

Von Mitgliedern der Staatsoper mit Evi Peter u. Egon Volkow

### BALL

Erwünschte Kostüme: Sommerleidung, Gebirgs- und Bergmannstracht.  
2 große Hallorchester  
Lombola

Veranstaltet v. d. Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Schachbundes  
Karten von 100 bis 250 Mark bei H. Wertheim und im Admiralspalast

**Metalle**  
**Metallabfälle**  
**Metall-Rückstände**  
**Chemikalien**

Telegraph-Adresse: Telfohn  
Telephon: Nollendorfpl. 94/95, 94/95  
**Th. Flörshelm & Cie.**  
BERLIN W. 57  
Friedrichstraße 74

**Verloben Sie sich nicht**  
früher, als bis Sie bei mir gesehen sind.  
Ich liefere als Selbsthersteller  
unter Gewährleistung je glückl. u. zufriedenstellend:



**Trauringe**

1. Duft Trauring v. 138.- M. an  
1. Duft Trauring v. 250.- M. an  
1 Ring, 583 gest. v. 75.- b. 150.- M.  
1 Ring, 833 gest. v. 25.- b. 100.- M.

In größtmöglicher Auswahl und in allen Formen, meine Preise u. meine Qualitätswaren sind einzig dastehend

Anfang von Gold-, Silber- u. Stahl  
Zahngelassen, Platin, Brautstiften  
insolge Selbstverwertung zu deutl. glückl. Zeit.

**H. Wiese**, Juwelier u. Uhrmacher  
Karl-Roden-Str. 30  
Tel. Roden 1038

# A. Wertheim

## Wurst- und Fleischkonserven

**Außer-  
gewöhnliches  
Angebot**

- 2 Pfd.-Dose Leberwurst ..... 4<sup>25</sup>
- 2 Pfd.-Dose Blutwurst ..... 4<sup>25</sup>
- 2 Pfd.-Dose Rindfleisch ..... 9<sup>25</sup>
- Rind- u. Schweinefleisch 9<sup>25</sup>  
2 Pfd.-Dose

Zusendung in Groß-Berlin per Dose 20 Pfg., mindestens 3 Mark für jede Sendung. Kein Verkauf an Wiederverkäufer.

1 Willst du wissen, daß der Poln  
2 Ein die dänische Köpfe solt?  
3 Kullt jfon ojaricoj baida Lönda!  
4 Gib zur Obawpflafian-Lyanda,  
5 Dann fufft nimmt's  
ein jflimmab Luda . . .

Orma, Blin-Sieglitz

Zahlungen: Grenz-Spende für O.-L. Postcheck-Konto Berlin NW 7, 105 835.  
Bank-Konto: Dresdner Bank, Dep.-Kasse M. 2, Berlin, Fleisburger Straße 19 A.  
für Grenzspende für O.-L.



**Damen  
Konfektion**  
schick u. fesch.  
auf  
**Kredit**  
**B. Feder**  
Brannen-Str. 1  
Frankfurter Allee 350  
Kottbusser-Damm 103  
Charlottenburg  
Scharren-Str. 5

Seeben erschienen!

W. Newski und S. Rawitsch

### Arbeiter- und Bauernuniversitäten in Sowjetrußland

39 Seiten      Preis M. 1.-  
Zu beziehen durch die Verlagsbuchhdlg. Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley  
Hamburg 11

### Bibliothek der Kommunistischen Internationale

Band I. **Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses.** — Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum Zweiten Kongress.

Band II. **Die kapitalistische Welt und die Kommunistische Internationale.** (Manifest des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.)

Band III. **Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale.**

Band IV. **L. Trotzki:** Terrorismus und Kommunismus. Anti-Kautsky. (II. Auflage.)

Band V. **Karl Radek:** Theorie u. Praxis der 2<sup>1/2</sup>-Internationale.

Band VI. **W. Newski und S. Rawitsch:** Arbeiter- u. Bauernuniversitäten in Sowjetrußland.

Band VII. **Prof. E. Varga:** Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur. (II. Auflage. Erscheint demnächst.)

Band VIII. **Protokoll des Ersten Kongresses der Kommunistischen Internationale.** (Erscheint demnächst.)

Band IX. **N. Lenin:** Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus. (Erscheint demnächst.)

Weitere Bände in Vorbereitung

Zu beziehen durch die  
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley,  
Hamburg 11

Davidstr. 15. u. 16. März

**Geld-  
Lotterie**

7101 Gewinne zu Mark

**166 665**

**60 000**

**30 000**

Los zu 3 M. 50, Porto und  
Lose 1 M.  
**M. C. Kröger**  
Berlin W 8, Friedrichstr. 102/93  
an der Leipziger Str.





## Stoffkleider

so wie sie jetzt modern sind und soviel  
begehrt werden, finden Sie bei uns in  
allen modernen Macharten und in einer  
überwältigenden Auswahl ganz enorm  
**billig.**

Das obige Kleid, aus weichem, blauen  
Cheviot, mit bunter Steppereiverzierung  
kostet z. B.  
**mit 240.-**

**Königstraße 33**  
Am Bahnhof Alexanderplatz  
**Chausseestr. 113**  
Beim Stettiner Bahnhof

**Donnerstag, den 10., und Freitag, den 11. März, morgens:**

Herrensocken .....	M. 575
Herrenhemden .....	M. 18 <sup>00</sup> 21 <sup>00</sup> und 25 <sup>00</sup>
Herrensportkragen .....	M. 1 <sup>90</sup> und 2 <sup>50</sup>
Herren-Buckskinhosen gestreift .....	M. 55 <sup>00</sup>
Jünglings-Buckskinhosen gestreift .....	M. 52 <sup>00</sup>
Herren-Ulster .....	M. 70 <sup>00</sup> und 78 <sup>00</sup>

Kauflustige, die andere Waren wünschen, können  
außer der Reihe die Verkaufsräume betreten.

Nur  
eine Verkaufsstelle

BaerSohn

Keine  
Filialen mehr

Nur Chausseestraße 29 30 Nur

Scharfe Anklagen — Schwache Verteidigung.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung wurde die Aussprache über den Haushalt des Reichsfinanzministeriums fortgesetzt.

Abg. Hammer (Dnat.) begründet einen Antrag, in welchem ein Reichsgesetz verlangt wird, durch das die Vergütung von Leistungen durch die Verwaltung des Reichs, der Länder und sonstigen Verbände des öffentlichen Rechts Grundzüge aufgestellt werden, die sich namentlich auch auf die Vergütung solcher Aufträge an Handwerker und Handwerkervereinigungen beziehen.

Abg. Cange-Hegermann (Z.) bittet, den Antrag Hammer abzulehnen und den Zentrumsantrag anzunehmen, der die Einberufung eines Ausschusses von sachverständigen Vertretern der Arbeitgeber- und auch der Arbeitnehmerorganisationen zur Ausarbeitung einheitlicher Grundzüge für die Vergütung öffentlicher Arbeiten fordert.

Abg. Simon-Franken (U. Soz.): Den Antrag Hammer lehnen wir ab.

Der Antrag Hammer (Dnat.) wurde im Hammelsprung mit 202 gegen 54 Stimmen abgelehnt, der Zentrumsantrag dagegen angenommen.

Abg. Harstieß (Soz.): Die tariflich festgelegten Löhne werden von den Vertretern des Reichsfinanzministeriums immer als Regimalköhne angesehen. Sie sollen aber nur das Existenzminimum gewährleisten. Für außerordentliche Leistungen müssen sie überschritten werden. Auf diese Weise erzielt man keine Arbeitsfreudigkeit.

Reichsfinanzminister v. Kaumer: Ich fühle mich stark genug, um mir das Gesetz meines Handelns nicht von Ihnen (zu den Sozialdemokraten) vorschreiben zu lassen. Der Rahn-Vertrag ist durch unter Einwirkung lebhaft verbessert worden. Ich habe mich aber hinter die Direktoren der Deutschen Werke gestellt, um ihr Ansehen zu wahren.

Abg. Hoch (Soz.): Der Reichsfinanzminister fühlt sich, wie er sagt, stark genug, um sich das Gesetz seines Handelns von niemandem vorschreiben zu lassen. Gegen die Widerstände seines Ministeriums und seiner Parteifreunde war er offenbar nicht stark genug, das Elektrizitätsgesetz durchzuführen. In Hanau hat man uns von unfauberen Geschichten bei der

Verschlebung von Heresgut

berichtet. Wir bekamen Einsicht in ein vertrauliches Schreiben der Frankfurter Metall-Verwertungsgesellschaft an eine Berliner Gesellschaft, aus dem hervorgeht, daß Eisenbahnschienen nicht nach dem wirklichen, sondern nach dem theoretischen Gewicht verkauft worden sind. Beim Reichsfinanzministerium wurde auf unsere Anfrage erklärt, daß die Zugrundelegung des theoretischen Gewichts selbstverständlich sei. Wir haben aber nachgelesen, diese Auffassung sei völlig abwegig. Schließlich stellte sich denn auch heraus, daß das bahnamtliche Gewicht bedeutend höher war als das theoretische. Ende November 1919 wandte ich mich abermals an das Schatzministerium, und das Ergebnis meiner Verhandlungen mit dem Unterstaatssekretär Goldkohl war das Versprechen, mir alles beidseitig mitzuteilen. Nach einem Jahr gab man mir Zahlen nach einer Stichprobe, aber nicht, wie verabredet, die Durchschnittszahlen. Ich verlangte nun nochmals die richtigen Zahlen, aber erst nach Monaten, nachdem ich im Haushaltsauschuss Bärm geschlagen hatte, bekam ich sie. Das theoretische Gewicht, nach dem abgemessen werden ist, war 400 000 Kilogramm niedriger als das tatsächliche. Das Bezeichnende ist, daß der zuständige Beamte, Regierungsrat Lindenberg, der entweder bestochen oder total unfähig sein muß, nach der ganzen Angelegenheit zum Ministerialrat befördert worden ist (Hörst! Hörst!) Ich muß den Minister, der doch sonst immer den starken Mann spielen will, dringend ersuchen, bei solchen Fällen durchzugreifen.

Reichsfinanzminister Dr. v. Kaumer: Der Fall hat sich nicht unter meiner Amtsführung, sondern bereits früher zugetragen. Sofort, als mir der Fall zu Ohren kam, erklärte ich, daß ich gegen jeden Fall von Korruption einschreiten werde. Es wäre die Pflicht des Abg. Hoch gewesen, mir sein Material vorher vorzulegen.

Abg. Hoch (Soz.): Ich stelle fest, daß ich hier nur Fälle besprochen habe, nachdem ich dem Ministerium das Material übergeben habe. Das Material stammt aus dem Ministerium selbst. (Hörst! Hörst!) Das Ministerium selbst hat erklärt, daß infolge meines Eingreifens die Metall-Wirtschaft sich zur Nachzahlung der stillen Beiträge bereit erklärt hat. Gegenüber dem zweiten Vorwurf des Ministers, daß ich mich nicht zuerst an ihn gewandt habe, stelle ich folgendes fest: Ich habe mich sofort an das Reichsfinanzministerium gewandt; als ich endlich dahinverkam, daß mir im Reichsfinanzministerium falsche Zahlen

vorgelegt wurden, wandte ich mich immer noch nicht an die Öffentlichkeit, sondern brachte die Angelegenheit im Hauptausschuß zur Sprache. Dort ging der Minister auf den Kern der Sache gar nicht ein. Statt einzugehen, daß das Gewicht um 400 000 Kilogramm zu gering angegeben war, versuchte man mich mit falschen Zahlen

zu täuschen. Für mich lag keine Veranlassung vor, diese Tatsachen zu verheimlichen, sondern die Flucht in die Deffentlichkeit war meine Pflicht.

Reichsfinanzminister v. Kaumer: Man muß mit der größten Vorsicht an die Ehre eines Beamten herantreten. Ich kann hier darauf hinweisen, daß gegen meinen Amtsvorgänger Bauer, den Parteigenossen des Abg. Hoch, ähnliche Vorwürfe erhoben worden sind, die sich auch als unbegründet erwiesen haben.

Abg. Hoch (Soz.): Ich muß es auf das Schärfste zurückweisen, daß der Reichsfinanzminister meinen Freund Bauer auf dieselbe Stufe stellt wie den erwähnten Beamten. Der Minister konnte nichts von meinen Vorwürfen bestreiten, weil ich die Tatsachen aus dem Ministerium selbst bekräftigt erhalten hatte. Und ich habe nur Tatsachen vorgebracht, keine Redereien.

Damit ist der Haushalt des Reichsfinanzministeriums erledigt. Es folgt der

Haushalt des Reichsministeriums des Innern.

Dazu liegen verschiedene Anträge Aberhold (U. Soz.) und Genossen vor, und zwar auf Entlassung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren, Vorlegung der Roten zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung über die Entlassung der Einwohnerwehren, ferner auf Vorlegung eines Befehlentwurfes, der die Grundzüge für die Erteilung von Religionsunterricht an öffentlichen Schulen aufstellt, sowie auf Vorlegung der Grundzüge, nach denen in einer bestimmten Frist der Religionsunterricht von den öffentlichen Schulen abzulesen ist.

Abg. Braun (Soz.):

Wir verlangen zwar äußerste Sparsamkeit auf allen Gebieten, aber an den kulturellen Aufgaben des deutschen Volkes darf nicht gespart werden. Der Wert der deutschen Wissenschaft muß erhalten bleiben; es ist ein gutes Zeichen, daß in New York die Wiedererrichtung deutscher Schulen gefordert wird, weil man das deutsche Wissen nicht entbehren kann. Unbedingt bewilligen müssen wir die Ausgaben für

die Volksgemeinschaft der deutschen Wissenschaft.

Ohne die deutsche Wissenschaft, Kunst und Technik würde man auf der ganzen Welt zurückfallen in frühere Stadien der Kultur. Wenn wir auch große und berechtigte Wünsche zurückstellen müssen, so dürfen wir an dem Wenigen, das in diesem Etat für geistige Zwecke getan werden kann, doch nicht sparen.

Biel überflüssiger sind andere Ausgaben, z. B. für Reise-gesellschaften. Das Reichswanderungsamt, das die Aufgabe hat, von der Auswanderung abzuraten, braucht keinen großen Beamtenapparat. Dieses Amt ist ein ganz revolutionäres Konzentrat; dort kommt niemand ohne militärische Bekleidung hinein. Ebenso steht es mit dem Reichswasseramt. Sein Präsident, der Kapitän Häuser, hat im Rapp-Buch Waffen nach Raabeburg gebracht zu gegenrevolutionären Zwecken. Obwohl der Reichsminister das weiß, ist dieser Herr noch im Amt. (Sehst! Hörst! Hörst!) Wir brauchen seine Mittel auszugeben für diesen kolonialen Jagdclub unter anderem Namen. Der Geist im Ministerium des Innern ist zu sehr nach politischen Gesichtspunkten orientiert. Die Filmprüfung gehörte überhaupt nicht vor das Forum der Polizei, sondern müßte der Kulturabteilung überwiesen werden. Berechtigt werden wir immer noch auf die Gesele über die Durchführung der Verfassung, z. B. auf dem Gebiete des Volksgehörens und Volksentscheidens. Gerade diese Fragen können in Brechen bei der Entscheidung über die Abdinung der Hohenzollern sehr bald wichtig werden. Ueberhaupt vermissen wir auf dem Gebiete der inneren Verwaltung den Geist eines neuen Deutschlands, der den Erfordernissen unserer Zeit wirklich gerecht werden kann. (Beifall b. d. Soz.)

Reichsminister des Innern Dr. Koch: Der Betonung der Notwendigkeit umfassender Ausgaben für kulturelle Zwecke stimme ich zu. Das vom Abg. Braun verlangte Reichsgesetz über Jugend-wohlfahrt ist in Vorbereitung, das Reichsgesetz über den Volksentscheid liegt seit Dezember v. J. dem Reichsrat vor; es wird in den nächsten Wochen dem Reichstage zugehen. Der Sparsamkeitskommissar Dr. Carl ist mit seinen Vorschlägen gescheitert. Wie er bin auch ich für eine Verringerung der Zahl der Ministerien. Reichschatz- und Ernährungsministerium haben Liquidationsaufgaben, das Wiederaufbauministerium wird fortfallen müssen, da infolge des Widerstandes der Franzosen seine Aufgabe als mitlungen betrachtet werden muß. Den vom Kommissar Carl im Hinblick auf die Finanzämter vertretenen Gedanken des Einheitsstaates lehnt die Reichsregierung ab.

In gewissen hohen Lebensfragen, wie der der Einwohnerwehren und der Drais, bin allerdings auch ich Unitarist, im übrigen bin ich aber für Dezentralisation, für Abgabe der Verwaltungsbehörden an die Länder. Die Entscheidung, ob die Kinder am Religionsunterricht teilnehmen sollen oder

nicht, habe ich gemäß der Verfassung den Ländern überlassen. Die Aufsicht und Verwaltung des Schulwesens in größeren Fragen muß in die Hand der Länder gelegt werden, in kleineren in die der Gemeinde. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat einen Abbau des Reichswanderungsamtes für unmöglich erklärt und die anderen Gewerkschaften teilen seiner Standpunkt. Ich werde die Verfassung gegen gewaltsame Umstürze von rechts oder von links entschieden verteidigen. Versuche zum

Sturz der Verfassung

wären für unser Wirtschaftsleben unerträglich. Es ist unerhört, daß die Uebergriffe der Besatzungsbehörden gegen pflichtgetreue Beamte in letzter Zeit sogar zunehmen. (Hört! Hörst!) Es wird z. B. den Beamten der Reichsvermögensverwaltung unmöglich gemacht, übertriebene und ungerechtfertigte Anforderungen der Besatzungsbehörden abzulehnen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr; Weiterberatung Schluß 7 Uhr.

Soziales.

Berliner Gefängnisse.

Hans Hyan, dessen tiefes Interesse für Kriminalprobleme bekannt ist, beschäftigt sich in einer 143 Seiten starken Schrift (Hans Hyan, Berliner Gefängnisse, Verlag von Puttkamer und Mühlbrecht) mit den Verhältnissen in den Berliner Gefängnissen. An prägnanten Beispielen weist der Verfasser nach, wie unser gefamtes Strafgefängniswesen auch heute noch unter einem System krankt, das die Buhe und nicht die Besserung in den Vordergrund stellt und wie unter diesen Umständen der „Verbrecher“ für Lebenszeit an sein Verbrechen gefettet und in sein ungesundes Milieu zurückgepflegt wird. Man kann dem Verfasser nur beipflichten, wenn er dieses System als durchaus veraltet und reformbedürftig zurückweist. Daß es noch eine gesündere und für die Volksgemeinschaft wertvollere Art der Gefangenenbehandlung gibt, beweisen Versuche in England und Amerika, wo an die Stelle des Strafvollzugs die Erziehung tritt, die von der landläufigen Zwangs-erziehung weit entfernt ist und vor allem das Verantwortlichkeitsgefühl und den Gemeinschaftssinn in dem Verirrten wecken will. Ohne Optimismus und einen Stab von vorurteilsfreien, jedoch eindringlichen Erziehern allerdings läßt sich diese Reform nicht aufbauen. Aber es ist hier wie überall bei aufbauender Tätigkeit. Eins ohne das andere ist tot. Den Optimismus zu wecken und eine Reihe reformwilliger Strafgefängnisenergieher auf den Plan zu rufen, das ist es, was wir Hyan's Schrift auf den Lebensweg wünschen.

Konsumgenossenschaft und Arbeiterbewegung.

In der Tschechoslowakei hat man sich in jüngster Zeit in Folge der Zerspaltung innerhalb der Arbeiterbewegung mit der Frage der Neutralität der Konsumgenossenschaften beschäftigt. Der dortige Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften hat seine Neutralität in dem sozialistischen Parteistreit erklärt. Sein Organ „Die Konsumgenossenschaft“ bemerkt dazu treffend:

„Dieser Standpunkt der Genossenschaftsbewegung entspringt geradezu zwangsläufig aus ihrem eminent wirtschaftlichen Charakter. Die Genossenschaftsbewegung dient allen Arbeitern und ausgebeuteten Konsumenten und muß daher speziell von den proletarischen Parteien aller Richtungen und Schattierungen unterstützt und gefördert werden.“

Einen ähnlichen Beschluß hat jetzt auch der Genossenschaftsrat in tschechischen Verband gefaßt. Er weist mit Recht darauf hin, daß das Genossenschaftswesen zwar eine „mustergültige und ungehörige, aber sehr empfindliche wirtschaftliche Organisation“ von unschätzbarem Wert ist. In dieser Organisation liegen viele Millionen Gelder der armen Arbeiterfamilien, denen sowohl ihre Einlagen als auch die Vorteile aus dem gemeinsamen Einkauf und der gemeinsamen Arbeit unbedingt erhalten werden müssen. Darum darf nicht zugelassen werden, daß das ungeheure Gebäude der wirtschaftlichen Arbeiterunternehmungen gefährlich bedroht werde durch die politischen Streitigkeiten, durch welche zum Schaden der Arbeiterklasse die tschechoslowakische sozialdemokratische Partei entzweit wurde. Im Hinblick auf diese Bedrohung der Genossenschaftsbewegung und auf die in der sozialdemokratischen Partei entstandenen Zwistigkeiten, die da und dort in die ruhige Entwicklung unserer Genossenschaftsorganisation föhrend eingriffen, empfiehlt der Genossenschaftsrat allen Verbandsgenossenschaften sowie ihrer Mitgliedschaft, sich in dieser Zeit von allem fernzuhalten, was die Interessen der Genossenschaftsbewegung schädigen würde. Aus diesem Grunde kann der Genossenschaftsrat nicht damit übereinstimmen, daß einzelne in Genossenschaftsorganisationen tätige Personen, sei es als Funktionäre oder als Angestellte, aus dem Grunde verfolgt und angefaßt würden, weil sie Anhänger der einen oder der anderen in der Partei vertretenen Richtung sind. Der Genossenschaftsrat empfiehlt aus diesem Grund allen Erwerbsgenossenschaften die restlose Neutralität in diesem Streite.“

TRADITION Die neue PROBLEM Zigarette!

Franzö-ischer Prunier, Derby, Pellisson. Cognac. Deutscher Weinbrand . . Fl. 46.50. Weinbrand-Verschnitt . . Fl. 43. . . . . Rotwein. Herxheimer Pl. 10.50, Pavillon de Fleurs Pl. 11.50. Tiefdankl. Rioja Pl. 15.-, Bordeaux St. Foy Pl. 16. . . . . J.F. Rauch

Russische Korrespondenz. Jahrgang 11. / Nummer 1/2. Inhalt: Karl Radek: An der Schwelle der großen Aufbauarbeit in Sowjet-Rußland. / N. Lenin: Die auswärtige und innere Politik Sowjet-Rußlands. / Rykow: Wirtschaftsleben und Wirtschaftsaufbau Sowjet-Rußlands. / G. Sinowjew: Der Ausbau der Sowjets und die De-Ampfung des Bureaokratismus. / G. Kruschinowski: Die Elektrisierung Sowjet-Rußlands. / L. Trotzki: Die Hebung des Transports. / Jemshanow: Die Fragen des Transports. / Beschlüsse des VIII. Allrussischen Sowjetkongresses. / Prof. E. Varga: Die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsplanes in Sowjet-Rußland. / J. Stjepanow: Ueber ausländische Konzessionen. / J. Larin: Die Landwirtschaft. / L. Trotzki: Ein neuer Zeitabschnitt — neue Aufgaben. / Uranowski: Die Sowjets und ihre Entwicklung in den Jahren 1917—1920. / A. Swiderski: Drei Jahre Lebensmittelversorgung. / Prof. E. Varga: Die Agrarfrage im revolutionären Rußland. / N. Ossinski: Die landwirtschaftliche Krise und der sozialistische Aufbau auf dem Lande. / F. Swetlow: Siatistische Organisation der Produktionspropaganda. / L. Trotzki: Zur Frage der Organisation der Arbeit. / J. Larin: Versorgung und Verteilung. / N. Semaschko: Sowjetmacht und Volksgesundheit. / A. Lunatscharski: Revolutionäre Aufklärung. / G. Safarow: Die Evolution der nationalen Frage in Sowjet-Rußland. / Illustrationen: Eine Gruppe der Teilnehmer des Kongresses der Völker des Ostens. / Massenkundgebung aus dem Urlikplatz in Petrograd während des 11. Weltkongresses der Kommunistischen Internationalen. / Zwei Plakate (Mehrparteiendrucke). 122 Seiten. Zu beziehen durch FRANKES VERLAG G. m. b. H., LEIPZIG. Preis 4,80 M.

Stlavier kauft. Wohnungsnot beseitigen. Schlafe patent Jaekel-Möbel. R. Jaekel's Patentmöbel-Fabrik. Ankauf Juwelen Margraf & Co.

# Extra-Angebot für Gastwirte gorollan

### Glaswaren

Kompotteller Diamantmuster	1 <sup>25</sup>
Kompottschalen Diamantmuster	75 <sup>Pt.</sup>
Salatschüssel Diamantmuster, groß	8 <sup>75</sup>
Senfgefäße mit Deckel	1 <sup>45</sup>
<b>Emaille-Schmortopf</b> extra schwer ca. 22 cm	11 <sup>75</sup>

### Weißes Porzellan

Speiseteller tief oder flach	4 <sup>75</sup>
Abendbrotteller	2 <sup>75</sup>
Kompotteller	1 <sup>95</sup>
Saucieren verschiedene Formen	9 <sup>75</sup>
Kartoffelschüssel mit Deckel	19 <sup>50</sup>
Suppenschüssel mit Deckel	29 <sup>50</sup>
Bratenplatte oval	7 <sup>50</sup>
Obertassen	1 <sup>35</sup>
Kaffebecher groß	1 <sup>95</sup>
Tasse mit Untertasse	1 <sup>95</sup>
Kaffeekannen groß	14 <sup>95</sup>
Kuchenteller mit Henkel	5 <sup>95</sup>

Moccatasse mit Untertasse	1 <sup>95</sup>
Mocca-Obertasse	1 <sup>35</sup>
Kuchenteller ca. 15 cm	1 <sup>45</sup>

### Wirtschafts-Artikel

Alumin. Teelöffel	75 <sup>Pt.</sup>
Alumin. Eßlöffel	1 <sup>25</sup>
Schrubber	3 <sup>95</sup>
2 Gasplättchen vernickelt, mit Erhitzer	75 <sup>00</sup>
<b>Emaille-Eimer</b> ca. 26 cm	16 <sup>95</sup>

### Fleisch

Suppenfleisch	Pfund 10 <sup>50</sup>
Rinderbrust	Pfund 11 <sup>00</sup>
Schmorfleisch m. Knoch. Pfd.	12 <sup>50</sup>
Gehacktes	Pfund 11 <sup>50</sup>
Kalbvorderfleisch	Pfund 11 <sup>00</sup>
<b>Schweinefleisch</b> leicht gesalzen	Pfund 8 <sup>50</sup>

### Lebensmittel

Suppenerbsen Weißblech 1/2 Dose	4 <sup>75</sup>
Brech- o. Schnittbohnen Weißblech 1/2 Dose	4 <sup>75</sup>
Apfelmus naturell, in Weißblechdosen 1/2 Dose	3 <sup>95</sup>
Weißbohnen	Pfund 85 <sup>Pt.</sup>
Riesen-Erbsen	Pfund 1 <sup>95</sup>
Grüne Erbsen	Pfund 1 <sup>85</sup>
Bos. Pflaumen	Pfund 4 <sup>50</sup>
Vollreis	Pfund 2 <sup>75</sup>
Bandnudeln	Pfund 6 <sup>20</sup>
Kunsthonig	Pfund 4 <sup>25</sup>
Margarine	Pfund 9 <sup>50</sup>
Schmalz amerikan. garant. rein	Pfund 11 <sup>50</sup>
Tilsiter Käse	Pfund 6 <sup>20</sup>
Kond. Milch mit Zucker (Magermilch) Dose	6 <sup>50</sup>
Kaffee frisch gebrannt	9 <sup>00</sup> 10 <sup>00</sup>

### Wurst

Landleberwurst	Pfund 14 <sup>00</sup>
Dampfwurst	Pfund 14 <sup>00</sup>
Jagdwurst	Pfund 18 <sup>00</sup>
Fleischwurst	Pfund 19 <sup>00</sup>
Große Mettwurst	Pfund 20 <sup>00</sup>
<b>Geräuchert. Speck</b>	Pfund 10 <sup>50</sup>

### Ein großer Posten Schalen und Körbchen

Porzellan, mit durchbrochenem Rand

Körbchen rund	2 <sup>95</sup>	Kuchenteller	1 <sup>95</sup>
Körbchen oval	4 <sup>75</sup>	Obstteller	3 <sup>95</sup>
Körbchen viereckig, groß	9 <sup>75</sup>	Tortenplatten	12 <sup>95</sup>

# JANDORF

Belle-Alliance-Str. Große Frankfurter Str. Brunnenstr. Kolbener Damm Wilmersdorfer Str.

### Berein der Berl. Buchdrucker u. Schriftgießer

Freitag, den 11. März, abends 5 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 14/15:

## General-Versammlung

Tagesordnung:

- Bericht über Ganangelegenheiten und Besprechung einiger Anträge aus den Bezirksversammlungen.
- Festsetzung der Beiträge und Beschlußfassung über den eventl. Fortfall der Extrastruer für Ueberstunden.
- Verschiedenes.

Zu dieser Generalversammlung sind außer den Delegierten die Vertrauensleute und Druckereifacharbeiter eingeladen. Ohne Legitimationskarte kein Eintritt. Zu pünktlichem und vollstämmigem Besuch ladet ein Der Vorstand.

### Verband d. Maler, Endierer, Anstreicher u. Gipsler Berlin

Freitag, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Waldemar-Haus“, Kaiser-Wilhelm-Str. 31:

## General-Versammlung

Tagesordnung:

- Beratung und Beschlußfassung über die Forderung des Verbandes über die Erhöhung der Beiträge und der Unterhaltungsgebühren.
- Verschiedenes.

Zu dieser Generalversammlung werden darf kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

### SPEZIALARZT

Dr. med. Coleman  
Friedrichstr. 91/92, im Haus, Geschlechts-Frauen, sex. Neuros. Individ. Behandl. nach den neusten wissenschaftl. Methoden. Modernste Einrichtungen f. Untersuchung u. Behandlung. 10-1, 3-5, Sonnt. 10-12

## Inseriere im Vorwärts

Großer Erfolg!

Inseraten - Annahme in der Hauptexpedition Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, sowie in sämtlichen Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (Z. Z.)

### „Der Reisegenosse“

Monatsschrift zur Förderung und Wahrung der Interessen aller Ferien- u. Erwerbslosreisenden innerhalb der werktätigen Bevölkerung

Nummer 8 ist erschienen! Heft 1 Mark

Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und durch die Geschäftsstelle des Volks-Reise-Verbandes, Neukölln, Münchener Str. 53

---

### Gänsefedern

100 Mark täglich

Dr. Stau (die alle Krankheiten, Haut, Darm, Frauenleiden, hartnäckige Husten, Keuchhusten, Bronchitis, Grippe, Influenza, Nervenleiden, Bluthochdruck, Diabetes, Gicht, Rheuma, etc.)  
**Dir.: A. Löser sen.**  
 Nur Rosenthalerstr. 69-70

## Jedes Wort 1 M. Das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zulässig und Schlafstellenanzeigen das erste Wort fettgedruckt) 1 M. jedes weitere Wort 60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen doppelt

## Kleine Anzeigen

### Verkäufe

Bestmögliche billigste Gegenstände...  
**Verkauf**...  
**Verkauf**...  
**Verkauf**...

### Kaufgesuche

**Verkauf**...  
**Verkauf**...  
**Verkauf**...

### Arbeitsmarkt

**Verkauf**...  
**Verkauf**...  
**Verkauf**...

### Unterricht

**Verkauf**...  
**Verkauf**...  
**Verkauf**...

### Verschiedenes

**Verkauf**...  
**Verkauf**...  
**Verkauf**...

### Musikinstrumente

**Verkauf**...  
**Verkauf**...  
**Verkauf**...

### Tüchtige Verkäuferinnen

für Damenkonfektion Putz sofort gesucht

Meldungen: 12-2 Uhr mittags 5-6 Uhr abends

**A. Jandorf & Co.**  
 Charlottenburg Wilmersdorfer Str. 118/119

### Große Metallwarenfabrik

sucht für ihre Bestückung einen fachkundigen, mit modern. Arbeitsmethoden vertraut.

## Betriebsleiter

zum baldigen Eintritt. (dauernde Stellung mit hohen Gehältern. Ausführliche Angebote mit Lichtbild, Lebenslauf, Zeugnisabschriften unter Chiffre: Betriebsleiter, Ast. 2411 an die „Alte“ Vereinigte Anzeigen-Gesellschaft m. b. H., Berlin W. 35, Potsdamer Str. 24



## Zeugenvernehmung im Pfefferprozess.

Stargard, 9. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im weiteren Verlauf des Prozesses werden den Zeugen vom Vorsitzenden Artikel der „Roten Fahne“ und der „Freien Presse“ vorgelesen. Die Zeugen bestritten den größten Teil der darin gemachten Angaben. Dem Staatsanwalt scheint sehr viel mehr an der Widerlegung dieser zum Teil fast ausschließlich unrichtigen Berichte zu liegen, als Pfeffer des in Frage kommenden Besten zu überführen, so daß er öfter es sich lieber angelegen sein läßt, diese Zeitungen „rote Fahne“ und „Freie Presse“ der Unwahrhaftigkeit zu bezichtigen. Das zeigte sich auch am Dienstag bei der Vernehmung des Zeugen Rabold vor der „Freiheit“, bei der der Staatsanwalt sogar dem Zeugen Barwiese über die Schreibweise der „Freiheit“ machte. Der Zeuge Esser ist als Schreiber und Distriktsredner der Deutschnationalen Volkspartei in Potsdam tätig gewesen. Er war Vorstand des Fronbundes, dessen

### Organisator Pfeffer

war. Esser sagt aus: Die Organisation des Fronbundes ging nach dessen Auflösung in die Arbeitsgemeinschaft über. Esser sollte auf einem der Güter im Kreise Arnswalde Nachtwächter werden. Das wollte er nicht und so wurde er Diskussionsredner der Deutschnationalen Volkspartei. Esser erzählt, daß auf den Gütern die Offiziere gewöhnlich von den Soldaten der „Arbeitsgemeinschaft“ mit Herr und der Charge angesprochen wurden. Esser sagt weiter, er müsse zugunsten Pfeffers auslagen, trotzdem Pfeffer ihn existenzlos gemacht habe; denn Pfeffer habe ihn in Arnswalde nach einem Austritt entlassen. Esser und Büllemeyer widersprechen einander unter Eid. Der Vorsitzende verweist Büllemeyer auf die Zuchthausstrafe für Meineid. Da es sich um eine Urkundenfälschung handelt, verweigert der Kronzeuge Büllemeyer, von dem die „Freiheit“ Material erhalten hatte, die Aussage, da er sich belasten würde. So verliert die Kronzeuge immer mehr an Wert. Ferner verweigert Büllemeyer die Antwort darauf, ob er je die Unterschrift Pfeffers nachgezeichnet habe.

Zeuge Steigner, Hauptmann a. D., verweigert die Aussage über die

### Waffendefekte der Gutsbesitzer

im Kreise Arnswalde, da er sich strafbar machen würde. Ein richterlicher Beiführer stellt aber ganz entgegen, daß Steigner gelagert habe, Pfeffer habe mit diesen Waffen nichts zu tun, das sei das Wesentliche. (Also Pfeffer hat keine Waffen besessen, aber die Gutsbesitzer, bei denen die Pfeffer-Deute beschlagnahmt waren, besaßen sie!) Reserveoffizier Schmidt hat in Arnswalde sogar gehört, wie zwei aus Berlin kommende Leute gelagert hätten, sie seien vom Reichsarbeitsministerium zu Hauptmann Pfeffer geschickt worden. Vorsitzender zu Pfeffer: Herr Hauptmann, Ihre Remonier scheint doch sehr ausgedehnt gewesen zu sein, daß das Arbeitsministerium Ihnen Leute sandte. Der Angeklagte verbeugt sich. Auch der Zeuge, Gendarmereiwachmeister Bernau, erzählt von 40 Gewehren, die er auf einem der Güter beschlagnahmt habe. Diese seien aber vor der amtlichen Abholung wieder gestohlen worden.

Der Bandarbeitersekretär Beger, der schon am Dienstag als Zeuge vernommen worden war, bittet noch einen Herrn Wiegand als Zeugen zu laden, der bestätigen könnte, daß bei dieser Beschlagnahme Wiegand von vier Freikorpskadetten tödlich bedroht worden sei. Staatsanwalt und Verteidiger sind gegen Ladung des Zeugen, ebenso einer der Beiführer. Der Vorsitzende bittet doch um Ladung, um den Tatbestand aufzuklären. Staatsanwalt und Verteidiger berufen sich bei ihrer Ablehnung auf die Rapp-Amnestie und darauf, daß es sich um Vorgänge des Juni handele, während Pfeffer im Juli in Arnswalde gearbeitet habe. Zeuge Beger behauptet, die Freikorpsleute seien schon im Juni dagewesen. Darauf fertigt ihn der Vorsitzende ab: „Bilden Sie sich nun schon nicht ein, daß Sie zweiter Staatsanwalt sind.“ Wiegand wird für morgen als Zeuge geladen.

Die Kriminalwachmeister, die Hauptmann Pfeffer im Dezember 1920 verhaftet hatten, sagen aus, die Verhaftung habe anstandslos erfolgen können. Von einem Freikorps oder einer militärischen Tätigkeit haben sie nichts bemerkt, es habe den Eindruck gemacht, als ob Pfeffer auf dem Gute zu Besuch sei. Pfeffer erklärt, auch den Namen Krawill geführt zu haben, um seinen Gostgebern keine Schwierigkeiten zu machen (?), denn gegen ihn sei ein Haftbefehl erlassen gewesen.

Zeuge Böll, die rechte Hand Pfeffers, entlastet den Angeklagten. Er bestätigt, daß die Arbeitsgemeinschaft Pfeffer zwischen der Arbeitsgemeinschaft Rothbach und der Arbeitsgemeinschaft der Eisernen Division arbeitete.

Zeuge Gutsbesitzer Steiger, Vorsitzender des Reichslandbundes, hat Pfeffer

### das Geld zur Finanzierung seiner Organisation

zur Verfügung gestellt. Das Eintreiben des Geldes von den anderen Gutsbesitzern sei ihm dann schwer geworden, er habe auch Geld eingekassiert.

Alle als Zeugen geladenen Gutsbesitzer erklären die Pfeffer-Organisation für eine rein wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft. Amisporischer Rüter sagt aus, er habe nach einem Ueberfall auf ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft den Pfeffer-Deuten für ein bis zwei Tage erlaubt, die Waffen der Einwohnerwehr zu tragen.

Es gibt des Öfteren unter den auf der Zeugenbank sitzenden Gutsbesitzern bei Verlesung aus der „Roten Fahne“ ein lautes Gelächter, ohne daß es der Vorsitzende rügt. Das Gericht tagt von 10 Uhr morgens bis 18 Uhr abends.

## Die Staatsbürgerrechte der Soldaten.

Der Wehrgelehrtenausschuß des Reichstags lehnte am Mittwoch die zweite Beratung des Wehrgelehrtenurteils bei § 34 fort, der die Entpolsterung der Reichswehr betrifft. In erster Lesung ist dem Paragraphen ein neuer Absatz zugefügt worden, der besagt, daß die Ausbildung der Soldaten sich auf ihre staatsbürgerlichen und ökonomischen Verpflichtungen in Krieg und Frieden erstreckt. Die Angehörigen der Wehrmacht haben das Recht, nach freier Wahl Zeitungen zu halten. Ueber die letztere Bestimmung entwarf sich eine längere Aussprache. Von der Rechten wurde beantragt, diesen Satz wieder zu streichen (!), wogegen die Linke Widerspruch erhob und von der Beibehaltung dieser Bestimmung ihre Haltung zum ganzen Gesetz abhängig machte. Es wurde schließlich ein „Ausgleich“ gefunden dadurch, daß dem § 34 ein weiterer Satz zugefügt wurde, der besagt, daß der Reichswehrminister Zeitungen vorbehalten kann, sofern der Inhalt dieucht und Disziplin in der Reichswehr gefährdet. Der grundsätzliche Absatz des § 34 wurde nach kurzer Aussprache wie folgt gefaßt:

„Die Soldaten der Wehrmacht dürfen sich politisch nicht betätigen. Innerhalb des Dienstbereichs ist eine solche Betätigung auch den Beamten untersagt.“

Die übrigen Bestimmungen des Entwurfs wurden in wesentlichen unbedeutend nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen. — Damit ist die Arbeit des Ausschusses beendet.

Der Rederleiervortrag wurde in der gestrigen Sitzung im Hauptausschuß des Reichstags mit der Einschränkung genehmigt, daß gegenüber gewissen darin vorgeschlagenen Vereinbarungen der Hauptausschuß innerhalb einer Frist von 8 Tagen nach Kenntnisnahme das Einspruchsrecht hat und daß im Falle des Einspruchs der ganze Hauptvertrag als aufgehoben gelten soll. — Schließlich wurde auch noch der Etat des Wiederbaubauaminiisters für 1920 durch den Hauptausschuß bewilligt. — Die übrigen Etats sollen am Donnerstag behandelt werden.

## Die Fahrt zur Abstimmung.

Berlin, 9. März. (WIB.) Die Beförderung der abstimmungsberechtigten Oberschlesier nach Oberschlesien hat heute ihren Anfang genommen. Im Laufe des heutigen Tages sind zwei Züge aus dem besetzten Duisburg, ein Zug aus Oberhausen, ein Zug aus Hamburg, ein Zug aus Frankfurt a. M. und ein Zug aus Berlin abgegangen.

Breslau, 9. März. (WIB.) Ueber den Verkehr mit Oberschlesien teilt die Eisenbahndirektion mit: In der Zeit vom 8. bis 31. März wird in den Schnell- und Personenzügen des öffentlichen Verkehrs zur Unterbindung von Waffen- und Muggel auf den Uebergangsstationen des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes eine scharfe Durchsicherung des Gepäcks der Reisenden stattfinden. Das reisende Publikum wird ersucht, sich auf den Uebergangsstationen mit den Schlüsseln zum Gepäc im Packwagen einzufinden und auf der Zielstation das Gepäc möglichst bald abzuholen. Es empfiehlt sich ferner, daß die Reisenden bei Fahrten möglichst mit dem selben Zuge reisen, mit dem das Gepäc befördert wird. Als Uebergangsstationen kommen Deutsch-Rasselwitz, Comprochisch, Oppeln, Poppelau, Dammer, Kolbau und Krobusch in Frage. Eine Einschränkung des öffentlichen Personennverkehrs ist von der Eisenbahnverwaltung nicht in Aussicht genommen. Abstimmungs-berechtigte, die auf Grund von Fahrscheinen des deutschen Schutzbundes in Sonderzügen oder Zügen des öffentlichen Verkehrs nach dem ober-schlesischen Abstimmungsgebiet fahren, dürfen kein Reisegepäck zur Beförderung im Packwagen aufgeben. Ihnen ist nur die Mitnahme von Handgepäck in die Abteile der Personenwagen gestattet.

### Neue Ein- und Ausreiserverordnung.

Oppeln, 9. März. (WIB.) Die Interalliierte Kommission erließ folgende Bestimmung zur Ein- und Ausreise: Nach Oberschlesien werden nur folgende Personen zugelassen: 1. Stimmberechtigte, die eine als Passierschein dienende Wahlkarte besitzen, die ihnen vom polnischen Ausschusse des Ories, in welchem sie eingetragen sind, ausgestellt ist. Diese als Passierschein dienende Wahlkarte braucht nicht mit Sichtvermerk von Konsulatsbehörden versehen zu sein. 2. Personen, die krank oder gebrechliche Stimmberechtigte begleiten sollen, die mit einem besonderen Passierschein versehen sind, der ihnen vom Interalliierten Bureau des Kreises, nach welchem sie sich begeben, ausgestellt worden ist. Dieser Passierschein braucht auch nicht mit dem Sichtvermerk einer Konsulatsbehörde versehen zu sein. 3. In Oberschlesien anässige Personen, die in Oberschlesien ausgestellte vom Kreiskontrolleur visitierte Pässe besitzen. Diese brauchen mit keinem anderen Sichtvermerk versehen zu sein. Abweichend von den Bestimmungen dieser Artikel können in Oberschlesien nicht anässige und nicht stimmberechtigte Personen ganz oder teilweise die Erlaubnis erhalten, nach Oberschlesien einzureisen, falls sie schwerwiegende und dringende Gründe angeben können. Die Erlaubnis ist unmittelbar bei der Poststelle der Interalliierten Kommission Oppeln brieflich oder durch Telegramm und mit bezahlter Antwort nachzusuchen. Das Visum wird durch die französischen Konsulatsbehörden und nur bei Vorlegung des von der Poststelle ausgestellten Erlaubnis-scheines erteilt. Die von den französischen Konsulatsbehörden vor dem 9. März 1921 ausgestellten Sichtvermerke ermächtigen nicht zur Einreise nach Oberschlesien. Die Einfahrt von Kraftfahrzeugen und Motorrädern nach Oberschlesien sowie deren Ausfahrt aus Oberschlesien ist verboten. Die Verordnung tritt ab 10. März, vormittags 6 Uhr, in Kraft.

### Korfanty ruft „Haltet den Dieb!“

Kattowitz, 9. Februar. (WIB.) Die unter Korfantys Parteiführer aus Kopenhagen erfährt, bringt die „National Tidende“ eine Mitteilung ihres deutschen Berichterstatters, wonach Korfanty bei der Interalliierten Kommission die Auflösung verschiedener Organisationen und die Ausweisung besonderer Einzelpersonen und Abgeordneter beantragt hat. Wie er behauptet, sollen diese Organisationen und Einzelpersonen nicht ganz unbeteiligt an einigen Vorfällen sein, die in letzter Zeit in Oberschlesien von den Polizeibehörden und der Interalliierten Kommission gemacht worden sind. Der „Wostok“ bezeichnet es als sonderbar, daß gerade Korfanty eine solche Forderung an die Interalliierte Kommission stellt. Daß dieser Mann in sehr enger Verbindung mit den polnischen Soldaten und anderen Verbindungen steht, die sich lediglich den gewalttätigen Kampf gegen das Deutschtum zur Aufgabe gemacht haben, weiß jedes Kind in Oberschlesien. Aus dem „Omni-Hotel“ stossen die Missionen zur Bewaffnung der Polen in den Augusttagen 1920. Herr Le Nord ist lange genug in Oberschlesien, um seine Pappenhelme gründlich zu kennen. Wir nehmen an, daß er dieser Donationsaktion Korfantys die Bedeutung bemessen wird, die sie verdient, und sie stillschweigend in den Papierkorb versenkt. Wenn einmal mit den Gefellen aufgeräumt werden soll, die durch Drohungen, Gewalttaten und Waffenschmuggel beunruhigen, dann müßte er zuerst das ganze „Omni-Hotel“ aufheben und über die Grenze schieben.

## C.S.T. und Wiederaufbau.

Paris, 9. März. (WIB.) Der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C.S.T.) ist zusammenberufen worden, um Stellung zu der Frage zu nehmen, ob ein Einverständnis zwischen den deutschen und den französischen Arbeitern angängig erscheint, um den Wiederaufbau in die Wege zu leiten.

Diese von Hoops stammende WTB-Meldung ist offenbar absichtlich unklar redigiert. Da die Führer der C.S.T. an der Spitze jener Bewegung stehen, die den Wiederaufbau durch deutsche Arbeiter empfindet und verlangt, kann diese Einberufung nur den Zweck verfolgen, diesen Willen in einer eindrucksvollen offiziellen Rundgebung zum Ausdruck zu bringen.

Paris, 9. März. (WIB.) Der Gewerkschaftssekretär Dumoulin schreibt im „Peuple“ über die Befragung von Duisburg, Düsseldorf usw.: Das Geld der französischen Steuerzahler wird vergeudet, denn im ruinierten Land muß eine Armee auf Kriegsfuß ernähren und unterhalten. Ich rufe die Witwen, die Mütter, die Waisen, die Kriegsverletzten und alle die auf, die gestützt haben. Wir werden nicht mehr marschieren. Es ist die Zeit gekommen, das laut hinauszuschreien.

### Im besetzten Düsseldorf.

Düsseldorf, 9. März. (WIB.) Die ersten Wirkungen der Besetzung machen sich sehr fühlbar. So hat die Besatzungsbehörde verlangt, daß jeder Bewohner einen Personalausweis haben muß. Infolgedessen drängt man sich an den Polizeibureaus in langen Ketten, um solche Ausweise zu bekommen. Auch hat die Besatzungsbehörde in großer Zahl Wohnungen für Offiziere angefordert und schreibt zur Beschlagnahme von Wohnungen. Dadurch werden Wohnungssuchende, die seit Monaten auf ein Domizil warten, jetzt wieder vollständig ihrer Hoffnung beraubt. Auch die Presse hat die erste Einschränkung zu erleiden, sie darf nichts mehr über

Truppenbewegungen der Entente veröffentlichen, auch darf kein Angriff auf die Entente-politik erfolgen. Der Jugoverkehr von Düsseldorf nach dem unbesetzten Gebiet ist insofern beschränkt worden, als nur noch Arbeiter- und Dazüge verkehren. Im übrigen bewegen sich die Entente-soldaten vollständig zwanglos in den Straßen der Stadt. Heute vormittag sind neue französische Tanks angekommen. Die Frage der Schutzpolizei ist noch nicht gelöst. Die Waffen sind ihr zurückgegeben worden.

Düsseldorf, 9. März. Nach Mitteilung der französischen Bahnhofsammandantur geht der Eisenbahnverkehr nach allen Richtungen in bisheriger Weise weiter. Einschränkungen treten zunächst nicht ein. Der rheinische Provinziallandtag, der auf kommenden Sonntag einberufen ist, wird in Düsseldorf tagen, die Besatzungsbehörde hat die Genehmigung dazu unter der Bedingung erteilt, daß auf der Tagung keine Kundgebungen gegen die Besetzung erfolgen.

## Die Pariser Erstaahlwahl.

Am 27. Februar hat in einem der drei Pariser Wahlkreise eine außerordentlich wichtige Erstaahlwahl stattgefunden, die erste in der französischen Hauptstadt seit dem allgemeinen Wahlen vom November 1919. Die Bedeutung dieser Wahlen war dadurch erhöht, daß es sich um den durch die Ernennung Millerands zum Präsidenten der Republik frei gewordenen Parlaments-sitz handelte. Ferner war in demselben Wahlkreis ein zweiter Sitz durch den Tod des Dissidenten („Sozialisten“-Richtung Rogier-Aubriot) Lauche freigeworden. Vier Listen von je zwei Kandidaten standen sich gegenüber: Die Kandidaten des Nationalen Blocks waren der liberale Vorsitzende der Pariser Stadtverordnetenversammlung Le Corbeiller und ein ehemaliger sozialistischer Kirchenfeindlicher Kandidat namens Bonnet. Die Dissidenten waren zwei frühere sozialistische Abgeordnete, Dejeante und Jean Bon. Die Kandidaten der Kommunisten waren die gegenwärtig unter der Anklage eines „Komplots gegen die Sicherheit des Staates“ eingekerkerten Voriot und Souvarin. Schließlich die Kandidaten der Sozialisten (Languetisten) waren Maurin und Mourange.

Diese Wahl sollte nicht nur Gelegenheit geben, den Stimmungsumschwung der Pariser Wähler im Wahlkreis Millerands seit 1919 festzustellen, sondern auch das Kräfteverhältnis zwischen Kommunisten und Sozialisten von der Richtung Languet-Renaudet zum ersten Male seit der Spaltung von Tours zu messen. Das letztere ist allerdings kaum möglich gewesen, da die kommunistischen Kandidaturen einen ausgesprochenen Protestcharakter gegen die Regierungsmißfär trugen, und da die Führer der Sozialisten, Guesde, Languet und sogar Renaudet, sich ursprünglich gegen die Aufstellung von eigenen Kandidaten mit den Worten ausgesprochen hatten: „Man kandidiert nicht gegen Eingekerkerte!“ Daß die Funktionäre der sozialistischen Organisation sich dennoch und mit sehr schwacher Mehrheit für die Aufstellung von eigenen Kandidaten ausgesprochen, war ein nicht sehr glücklicher Beschluß. Die bürgerlichen Kandidaten hatten ihr Mitglied Bonnet desavouiert und unter Verzicht auf eigene Kandidaten ihren Anhänger empfohlen, für die beiden Dissidenten zu stimmen.

Das Ergebnis der Wahl, das von keiner Nachrichtenagentur bisher richtig gemeldet worden ist, und das wir daher aus den vorliegenden Pariser Zeitungen nach Notizen entnehmen, war das folgende:

Nationaler Block . . .	47 000 Stimmen
Kommunisten . . .	33 000
Sozialisten . . .	13 000
Dissidenten . . .	20 500

Es findet daher am kommenden Sonntag eine Stichwahl zwischen Nationalem Block und Kommunisten statt, auf deren Ausgang ganz Frankreich mit großer Spannung wartet. Die Sozialisten haben sich zugunsten der Kommunisten zurückgezogen, die Dissidenten haben zwar die Parole der Stimmenthaltung ausgegeben, die aber vielfach nicht befolgt werden wird. Selbst links-bürgerliche Blätter fordern die Wähler auf, für die Kommunisten zu stimmen, um jedenfalls die Niederlage des Nationalen Blocks herbeizuführen.

Gegenüber den Novemberwahlen von 1919 hat der Nationale Block im Wahlkreis seines eigentlichen Schöpfers, des jetzigen Präsidenten Millerand, mehr als 23 000 Stimmen verloren. Sozialisten und Kommunisten zusammengerechnet haben ihre demaligen Stimmenziffern ungefähr behauptet, ebenso die Dissidenten, die allerdings diesmal die Unterstützung der Kandidaten genossen, die 1919 8000 Stimmen auf eigene Kandidaten gesammelt hatten. Da am gleichen Tage das Ergebnis einer Stichwahl in Hochloppon der Verlust eines Mandates durch den Nationalen Block zugunsten der Kandidaten war, so zeigt dies, daß sich der politische Umschwung in Frankreich im Sinne einer vernünftigeren, weniger chauvinistischen und reaktionären Betrachtung der inner- und außenpolitischen Probleme in der Tat vollzieht.

## Kämpfe um Petersburg.

Reval, 9. März. (WIB.) Die Revaler Zeitungen werden übereinstimmend, daß die Kronstädter Revolutionäre sich der Festung Krasnaja Gorka bemächtigt haben, deren Garnison zu der provisorischen Regierung in Kronstadt übergegangen sein soll. Die Kronstädter-Matrosen haben die funkentelegraphische Verbindung mit Wiborg wieder hergestellt und die Garnisonen des Petersburger Bezirks drohlos aufgefordert, den Kampf gegen die bolschewistischen Bedrücker aufzunehmen, der ein Kampf für die bürgerliche Freiheit und die russische Konstitution sei. Sie sollen ferner mit, daß das Jmallowky-Regiment, das älteste Regiment der russischen Garde, zu den Aufständischen übergegangen ist. Der revolutionäre Rat in Kronstadt verfaßt als sein Programm: 1. Einberufung einer neuen konstituierenden Versammlung, 2. Gewährleistung der persönlichen und politischen Freiheit für alle Bürger, 3. Weigerung, mit der Räteregierung zu verhandeln.

Heisingers, 9. März. (WIB.) Wie aus Wiborg gebracht wird, hat ein Teil der Kronstädter Matrosen Marine-truppen gelandet, die die Bolschewisten aus dem kleinen Hansen-Dünenbaum vertrieben und sich in den Besitz des Hafens gesetzt haben. Andere Einheiten der Kronstädter Flotte, darunter mehrere Torpedoboots- und Torpedobootszerföhler, sind in der Kowamündung eingelaufen. Auch sie landeten in Petersburg Marine-truppen, die in den Straßen mit roten Truppen ins Gefecht kamen. Die Hauptkräfte der roten Truppen stehen augenblicklich in der Gegend von Watshina, wo sich auch Trotski und das bolschewistische Oberkommando befinden. Der antibolschewistische Charakter der Truppenmeutereien in Pskow hat sich inzwischen bestätigt.

Paul Leusch. Gegen den Beschluß der preussischen Landtagsfraktion, der eine Regierungsbildung zulassen mit der Deutschen Volkspartei ablehnt, schreibt in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Professor Paul Leusch. Sowohl der Ort, wie auch ganz besonders der Inhalt der Ton und die Tendenz seiner Ausführungen beweisen, daß Paul Leusch nicht mehr für die Sozialdemokratie, sondern für die Deutsche Volkspartei journalistisch tätig ist.

